

PROCESSING

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

25X1

COUNTRY East Germany

REPORT

SUBJECT Verfuegungen und Mitteilungen
(Bulletins) of the East German
Ministry of Trade and Supply

DATE DISTR. 17 SEP 1957

NO. PAGES 1

REQUIREMENT
NO. RD

REFERENCES

DATE OF
INFO.

25X1

PLACE &
DATE ACQ.

25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

bulletins issued
for official use only by the Ministry of Trade and Supply:

- a. Annex 1. Verfuegungen und Mitteilungen des Ministerium fuer Handel und Versorgung, dated 9 February 1957.
- b. Annex 2. Verfuegungen und Mitteilungen des Ministerium fuer Handel und Versorgung, dated 16 February 1957.
- c. Annex 3. Verfuegungen und Mitteilungen des Ministeriums fuer Handel und Versorgung, dated 23 February 1957.

(Three bound booklets)

25X1

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

25X1

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC									
-------	---	------	---	------	---	-----	---	-----	--	-----	--	--	--	--	--	--	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

VERFÜGUNGEN UND MITTEILUNGEN

des Ministeriums für Handel und Versorgung

1957

Berlin, den 9. Februar

Nr. 6

ANWEISUNGEN

— 5500 —

Berlin, den 25. Januar 1957

Anweisung Nr. 6/57

Führung von einfachen Kassenzetteln und Kassenzetteln in den HO-Lebensmittelverkaufsstellen

Zur Wahrung der Käuferinteressen und um den Käufer in die Lage zu versetzen, die Berechnung der Verkäufe nachprüfen zu können, ist es erforderlich, ihm hierfür einen Beleg auszuhändigen. Um die Belange des Handels dabei zu berücksichtigen, genügt es, wenn dieser Beleg aus einem einfachen Kassenzettel besteht. Dieser Kassenzettel wird ohne Durchschrift ausgeschrieben und unterliegt keiner laufenden Nummerierung. Der Kassenzettel braucht keine Spalten- und Linieneinteilung.

Aus den vorstehend aufgeführten Gründen wird für die HO-Lebensmittelverkaufsstellen angewiesen:

1. In allen HO-Lebensmittelverkaufsstellen sind ab sofort obligatorisch einfache Kassenzettel auszuschreiben, die den Kunden auszuhändigen sind.
2. Ausnahmen bilden dabei:
 - a) Einzelverkäufe
In diesen Fällen wird der einfache Kassenzettel nur auf Wunsch eines Käufers ausgeschrieben;
 - b) die Verkaufsstellen, in denen Registrierkassen mit Einzel-Additions-Bonauswurf vorhanden sind. In diesen Verkaufsstellen ist der Bon dem Käufer auszuhändigen;
 - c) Verkauf von Gemüse, Obst, Milch, Imbissen, Tabakwaren, Streichhölzern sowie Pfennigartikeln und unmittelbarem Mundbedarf;
 - d) Verkauf in Kiosken, Schnellimbissen, Probierstuben, Betriebsverkaufsstellen bei Verkauf von Mundbedarf.
3. Aus den Kassenzetteln muß u. a. die Verkaufsstelle, in der der Einkauf getätigt wurde, erkennbar sein (Nummer der Verkaufsstelle usw.).
4. Zur Ermittlung der Umsatzleistung je Verkaufskraft für die Prämienberechnung sind in den Ausnahmefällen, in denen weder Registrier- noch Einzelkassen vorhanden sind, formlose Kassenzettel zu führen.
5. Die bisherige Ermächtigung der Direktoren, in Schwerpunkt-Verkaufsstellen die Führung von Kassenzetteln mit Durchschrift und Nummerierung selbständig zu entscheiden, bleibt bestehen.

Als einfacher Kassenzettel kann der Standardvordruck „Kassenzettel-Lebensmittel“, Bestellnummer 08/1024, Vordruck-Leitverlag Berlin, benutzt werden, jedoch ist die Durchschrift zu fertigen.

Den Direktoren der HO-Lebensmittelbetriebe wird empfohlen, mit den einzelnen Produktionsbetrieben zu verhandeln, damit diese den HO-Lebensmittelverkaufsstellen Kassenzettel mit Werbeindruck kostenlos zur Verfügung stellen.

Darüber hinaus können vom Vordruck-Leitverlag in Berlin einfache Kassenzettel (Block zu je 50 Stück), Bestellnummer 08/1119, bezogen werden. Die Bestellungen sind bis zum 25. Februar 1957 aufzugeben.

Die Ergänzung der Richtlinie zur Bekämpfung der Inventurdifferenzen, Warenverderb und Schwund im staatlichen Einzelhandel vom 1. Dezember 1955 („Verfügungen und Mitteilungen“ Nr. 24 55 S. 315) hinsichtlich der „Kassenzettel für HO-Lebensmittelverkaufsstellen“ tritt hiermit außer Kraft.

Wach
Minister

— Verfg. u. Mittlg. —

Min. f. H. u. V.

Heft 6 57 —

— 5240 —

Berlin, den 29. Januar 1957

Anweisung Nr. 7/57

Wartung von Kühlanlagen und Kühlmöbeln

Der Ausfall und die Reparaturen von Kühlanlagen hatten ihre Ursache meist darin, daß die bei Kühlanlagen notwendige ständige Wartung zur Verhütung größerer Reparaturen nicht oder nur ungenügend durchgeführt wurde.

Deshalb hat das Ministerium für Handel und Versorgung mit der Zentrale des VEB Kühlanlagenbau Dresden folgenden Musterwartungsvertrag ausgearbeitet:

Vertrag über die Wartung von Kühlanlagen

Zwischen als Auftraggeber und dem VEB Kühlanlagenbau Dresden, Dresden A 45, Breitscheidstraße 80, vertreten durch seine Außenstelle als Auftragnehmer wird hiermit folgender Vertrag geschlossen:

§ 1

Der Auftraggeber überträgt und der Auftragnehmer übernimmt die Wartung der nachstehend aufgeführten Kühlanlagen:

§ 2

Der Auftragnehmer nimmt die Wartung durch malige Prüfung der im § 1 bezeichneten Kühlanlagen im Jahre durch seinen Beauftragten nach seinen Festlegungen in der Zeit vom bis in möglichst gleichen Abständen wahr.

Die Wartung umfaßt folgende Tätigkeit:

- a) die funktionelle Überprüfung und Reinigung der kältetechnischen Anlage;
- b) die Abstellung von Funktionsstörungen an der kältetechnischen Anlage einschließlich Nacharbeiten und Austausch von Verschleißteilen, soweit dies an Ort und Stelle möglich ist und dafür im Einzelfall voraussichtlich kein höherer Rechnungsbetrag als etwa 100 DM anfällt, ohne besondere Auftragserteilung durch den Auftraggeber;
- c) die Unterrichtung des Auftraggebers, sofern die Notwendigkeit für eine Reparatur der Kühlanlage in der Werkstatt des Auftragnehmers vorliegt, damit er dem Auftragnehmer darüber einen Auftrag erteilen kann;

Dieses Heft enthält das Stichwortverzeichnis für das IV. Quartal 1956

Aus technischen Gründen kann es nicht als Beilage geliefert werden

- d) schnellstmögliche Abstellung der dem Auftragnehmer vom Auftraggeber zu meldenden Funktionsstörungen an der Kühlanlage, soweit diese zwischen den Wartungsbesuchen eintreten;
- e) Anleitung der Mitarbeiter des Auftraggebers zur ordnungsgemäßen Bedienung der Kühlanlage;
- f) Eintragung des Wartungsbesuches in das technische Begleitheft.

Die Wartung umfaßt nur den vom Auftragnehmer gelieferten Teil der Anlage. Mit der Behebung von Störungen am elektrischen Teil, der Kühlwasserleitung, den Bierleitungen usw. wird der Auftraggeber einen örtlichen Installateur beauftragen.

§ 3
Der Auftraggeber trägt alle Kosten, die durch die Ausübung des Wartungsdienstes gemäß § 2 entstehen. Der Auftragnehmer wird alle bei ihm anfallenden Kosten für Arbeits-, Reise- und Wartezeiten einschließlich vorkommender Zuschläge sowie Auslösungssätze und Fahrgelder laut Montageabkommen sowie für Material auf gesetzlicher oder preisrechtlicher Grundlage dem Auftraggeber in Rechnung stellen, und dieser wird die Bezahlung gemäß den gesetzlichen Bestimmungen vornehmen.

§ 4
Der Auftraggeber verpflichtet sich, seine Mitarbeiter zu einer pflichtlichen und ordnungsgemäßen Behandlung der Kühlanlage anzuhalten. Desgleichen wird er dafür Sorge tragen, daß Reparaturen an der Anlage nicht durch andere als vom Auftragnehmer Beauftragte durchgeführt werden.

§ 5
Beanstandungen sind dem Auftragnehmer vom Auftraggeber unverzüglich, spätestens 15 Tage nach dem Wartungsbesuch, zur Kenntnis zu bringen.

§ 6
Erfüllungsort für die Leistungen des Auftragnehmers ist der Standort der Kühlanlagen, für die Zahlungen des Auftraggebers Dresden. Als Gerichtsstand wird Dresden vereinbart.

§ 7
Die Änderung oder Aufhebung des Vertrages muß schriftlich erfolgen.

§ 8
Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jedem Vertragspartner jeweils spätestens am 3. Januar für den folgenden 31. März gekündigt werden.

(Auftraggeber)
Stempel u. Unterschrift

(Auftragnehmer)
Stempel u. Unterschrift

Die Handelsbetriebe haben eine gründliche Überprüfung über die Zweckmäßigkeit des Abschlusses von Wartungsverträgen vorzunehmen und mit der zuständigen Außenstelle des VEB Kühlanlagenbau Verträge abzuschließen, damit die Reparaturkosten gesenkt und der Verderb hochwertiger Nahrungsgüter verhindert wird. Jeder Handelsbetrieb hat die Möglichkeit, diesen Vertrag durch örtlich bedingte Zusätze zu erweitern. Die in dem Vertrag § 2 (f) erwähnten technischen Begleithefte werden auf Grund der Forderung des Handels auf der Neuerer-Konferenz ab 1. Januar 1957 mit den neuen Kühlmöbeln obligatorisch geliefert. Für alte Kühlmöbel können diese technischen Begleithefte vom VEB Kühlanlagenbau bezogen werden. Diese Begleithefte enthalten neben den notwendigen technischen Daten genügend Raum zur Eintragung der durchgeführten Wartungsreparaturen und Stillstandszeiten, so daß eine genaue Kontrolle über die Funktion des Kühlmöbels durchgeführt werden kann. Die Möglichkeit, die anfallenden Reparaturkosten einzutragen, ergibt gleichzeitig eine Übersicht über die Gesamt-Wartungs- und Reparaturkosten für jedes einzelne Kühlmöbel.

Der VEB Kühlanlagenbau hat seine Monteure angewiesen, die Eintragung in die Begleithefte vorzunehmen.

Die Handelsbetriebe sind verpflichtet, die Durchführung dieser Anweisung zu kontrollieren und dafür zu sorgen, daß die Begleithefte ausgewertet werden.

Diese Auswertung hat das Ziel, eine unsachgemäße Behandlung der Kühlmöbel zu beseitigen.

Borrmann
Stellvertreter des Ministers

— 4620 —

Berlin, den 1. Februar 1957

Anweisung Nr. 8/57

zur Anordnung vom 13. Januar 1957 über die Veränderung der Erfassung, des Aufkaufs und des Großhandels mit Obst und Gemüse (GBL. I S. 00)

Beendigung der Tätigkeit der Kommunalen Großhandelsbetriebe und Übernahme der Aufgaben durch das GHK für Lebensmittel

Zur Durchführung der o.a. Anordnung wird im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen, der Staatlichen Plankommission, dem Staatssekretariat für die Angelegenheiten der örtlichen Räte, dem Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf, der Deutschen Notenbank und dem Zentralvorstand der Gewerkschaft Handel folgendes angewiesen:

I.

1. In der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1957 beenden die Kommunalen Großhandelsbetriebe ihre Tätigkeit. Sie geben die Aufgabe des Platz- und Empfangsgroßhandels mit Obst und Gemüse und des Aufkaufs an die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel ab. Die Handelstätigkeit mit den übrigen von den Kommunalen Großhandelsbetrieben geführten Sortimenten ist vor der Übernahme der Rechtsträgerschaft durch die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel von den Kommunalen Großhandelsbetrieben in Abstimmung mit den Räten der Bezirke auf die fachlich zuständigen Großhandelskontore entsprechend den nachstehend für Lebensmittel festgelegten Bestimmungen zu übertragen. Der Handel mit Mundproduktion ist nach Möglichkeit auf die Herstellerbetriebe zu verlagern. Falls dies nicht möglich oder zweckmäßig ist, entscheidet der Rat des Bezirkes darüber, welches Organ die Versorgung mit den Waren der Mundproduktion durchzuführen hat.
2. Mit dem Zeitpunkt der Beendigung der Tätigkeit der Kommunalen Großhandelsbetriebe werden die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel deren Rechtsnachfolger. Entstehen Streitigkeiten darüber, welche Niederlassung des GHK für Lebensmittel für einzelne Kommunale Großhandelsbetriebe die Rechtsnachfolge übernimmt, so entscheidet über die Zuständigkeit der Rat des Bezirkes.
3. Der genaue Zeitpunkt für die Übernahme Übergabe der Rechtsträgerschaft und der Handelsaufgaben wird zwischen den Kommunalen Großhandelsbetrieben und den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel im Einvernehmen mit dem Rat des Bezirkes festgesetzt.
4. Zur Vorbereitung der Übergabe Übernahme ist zwischen den Kommunalen Großhandelsbetrieben und den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel ein Plan der Maßnahmen aufzustellen, in dem alle notwendigen Vorbereitungen termingebunden unter Angabe der Verantwortlichkeit festzulegen sind. Die Übergabe- bzw. Übernahmehandlung ist in ihren Einzelheiten zu protokollieren. Das Protokoll ist vom Übergebenden und Übernehmenden rechtsverbindlich zu unterzeichnen und nachfolgenden Stellen in je einer Ausfertigung spätestens innerhalb von 10 Tagen nach der vollzogenen Übergabe/Übernahme zuzustellen:
 - a) dem Rat des Bezirkes — Abt. Handel und Versorgung sowie Abt. Finanzen —,
 - b) dem Rat des Kreises — Abt. Handel und Versorgung sowie Abt. Finanzen —,
 - c) der zuständigen Filiale der Deutschen Notenbank,
 - d) der zuständigen Niederlassung des GHK für Lebensmittel.

II.

1. Die Kommunalen Großhandelsbetriebe sind verpflichtet, zusätzlich eine Ausfertigung des Kontrollberichtes per 31. Dezember 1956 einschließlich des Berichtes zum Planablauf dem Rat des Bezirkes — Abt. Handel und Versorgung — zuzustellen. Der Rat des Bezirkes — Abt. Handel und Versorgung — hat das Exemplar der zuständigen übernehmenden Niederlassung des GHK für Lebensmittel zu übergeben.
2. Die Kommunalen Großhandelsbetriebe stellen zum Zeitpunkt der Übergabe einen Kontrollbericht entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen auf. Diesem Kontrollbericht ist eine Plananalyse beizufügen. Der Kontrollbericht ist folgenden Stellen zu übergeben:
 - a) Rat des Bezirkes — Abt. Handel und Versorgung — sowie Abt. Finanzen.
 - b) Rat des Kreises — Abt. Handel und Versorgung — sowie Abt. Finanzen.
 - c) zuständigen Filialen der Deutschen Notenbank.
3. Die Kontrollberichte der Kommunalen Großhandelsbetriebe per 31. Dezember 1956 stellen zum Zeitpunkt der Übergabe/Übernahme die Grundlage für die Eröffnungsbuchung in den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel dar. Dies trifft sowohl für die Bestandskonten als auch für die Erfolgskonten zu. Die Salden lt. Kontrollbericht der Kommunalen Großhandelsbetriebe per Stichtag der Übergabe/Übernahme sind bei den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel in laufender Rechnung zu buchen.

III.

1. Die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel führen nach erfolgter Übergabe/Übernahme die bisher von den Kommunalen Großhandelsbetrieben ausgeübten Handelsfunktionen mit folgendem Sortiment weiter:

Schlüssel-Nr.	11 300/600	Frischgemüse (einschl. Pilze)
" "	11 700	Frischobst (einschl. Wildfrüchte)
" "	16 100	verarbeit. Obst und Gemüse
" "	16 200	Süßmoste, Fruchtsäfte und Sirup
" "	11 100	Kartoffeln (nur Empfangs- und Platzgroßhandel)
" "	15 700	Eier
" "	16 581	Eierzeugnisse
" "	13 500	Naturhonig
" "	16 500	übrige Nahrungsmittel
" "	9 280	Weihnachtsbäume

2. a) Die in den Betrieben des Kommunalen Großhandels beschäftigten Mitarbeiter sind von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel weitgehend zur Durchführung der übernommenen Handelsaufgaben einzusetzen.
Vor der Übergabe/Übernahme ist zwischen den Kommunalen Großhandelsbetrieben und den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel festzulegen, welche Mitarbeiter vom GHK für Lebensmittel eingesetzt werden. Diesen Mitarbeitern ist schriftlich mitzuteilen, daß ihr Arbeitsverhältnis durch die Übernahme der Rechtsträgerschaft durch die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel nicht berührt wird.
- b) Die Mitarbeiter der Kommunalen Großhandelsbetriebe, für die im neuen Betrieb kein geeigneter Arbeitsplatz vorhanden ist, sind in einer Aussprache darüber zu unterrichten, daß die Betriebsleitungen verpflichtet sind, alle Maßnahmen zu treffen, um ihnen in Verbindung mit der

Abt. Arbeit und Berufsausbildung und der Abt. Handel und Versorgung bei den Räten der Kreise und Bezirke einen zumutbaren Arbeitsplatz nachzuweisen. In dieser Aussprache ist den Mitarbeitern anzuraten, sich ebenfalls um einen neuen Arbeitsplatz zu bemühen. Eine Kündigung ist erst dann auszusprechen, wenn der betreffende Mitarbeiter nach Nachweis eines neuen Arbeitsplatzes ausscheiden kann.

Nach Möglichkeit sind bestehende Arbeitsverhältnisse im gegenseitigen Einvernehmen durch Aufhebungsverträge zu beenden.

Nur in den Fällen, wenn Mitarbeiter unbegründet zumutbare Arbeitsplätze abweisen, kann das bestehende Arbeitsverhältnis gemäß den gesetzlichen arbeitsrechtlichen Bestimmungen aufgekündigt werden.

In den Fällen, wo Mitarbeiter bis zum Abschluß der Übernahme keinen geeigneten Arbeitsplatz erhalten konnten, sind diese bis zum Nachweis eines zumutbaren Arbeitsplatzes vorerst zu übernehmen.

Lehrlinge sind von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu übernehmen. Die Abt. Arbeit und Berufsausbildung bei den Räten der Kreise ist hiervon zu unterrichten.

- c) Werden Mitarbeiter der Kommunalen Großhandelsbetriebe in den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel in anderen als bisher ausgeübten Tätigkeiten eingesetzt, so sind die bisherigen Arbeitsverträge in gegenseitigem Einvernehmen durch Änderungsverträge unter Einhaltung der gesetzlichen Fristen zu ergänzen. Die Entlohnung dieser Mitarbeiter hat entsprechend der ausgeübten Tätigkeit nach den im GHK für Lebensmittel angewandten Entlohnungsgrundlagen zu erfolgen. Derartige Änderungsverträge sind auch dann abzuschließen, wenn eine Veränderung in der Tätigkeit, aber keine Veränderung in der Entlohnung eintritt.
- d) Wenn Mitarbeiter bestimmter Kommunalen Großhandelsbetriebe nicht in der jeweils übernehmenden Niederlassung des GHK für Lebensmittel eingesetzt werden, sondern ihre Tätigkeit in anderen Niederlassungen aufnehmen, so sind die Arbeitsrechtsverhältnisse durch die Kommunalen Großhandelsbetriebe durch Abschluß von Aufhebungsverträgen bzw. unter Beachtung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen durch Kündigung zu beenden. Die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel müssen in diesen Fällen neue Arbeitsverträge abschließen.
- e) Die bisher in den Kommunalen Großhandelsbetrieben angewandten Prämiensysteme sind nach Übernahme der Aufgaben der Kommunalen Großhandelsbetriebe durch das GHK für Lebensmittel zu überprüfen. Bei dieser Überprüfung ist darauf zu achten, daß in den übernommenen und angewandten Prämiensystemen das Leistungsprinzip zum Ausdruck kommt.
Soweit erforderlich, sind sie im Einvernehmen mit den hiervon betroffenen Mitarbeitern und den betrieblichen Gewerkschaftsvertretungen durch Prämiensysteme, die bisher im GHK für Lebensmittel erfolgreich angewandt werden, zu ersetzen.
- f) Bestehende Einzelverträge und Anrechte auf eine zusätzliche Altersversorgung sind unter Vorbehalt der Zustimmung des Ministeriums für Handel und Versorgung, Bereich Staatlicher Großhandel, zu übernehmen. Die Zustimmung ist umgehend über die Abteilungen für Handel und Versorgung der Räte der Bezirke beim Ministerium für Handel und Versorgung einzuholen.

IV.

Zur Vermeidung von Störungen in der Versorgung der Bevölkerung und zur Sicherung eines ordnungsgemäßen Arbeitsablaufes übernehmen die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel von den Kommunalen Großhandelsbetrieben die entsprechenden Plananteile sowie Grund- und Umlaufmittel gemäß den nachstehenden Bedingungen.

1. Die Kommunalen Großhandelsbetriebe haben alle bestätigten Plananteile sowie alle Planvorschläge einschließlich der Plananalysen des Betriebsplanes 1957 an die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu übergeben, soweit die Pläne sich auf die von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu übernehmenden Aufgaben beziehen. Die endgültigen Betriebspläne der Niederlassungen des GHK für Lebensmittel werden nach Überprüfung durch den zuständigen Rat des Bezirkes bestätigt. Die kontoführenden Organe der Deutschen Notenbank sind von der Aufteilung der Pläne auf die neuen Betriebe zu informieren.
2. Vor der Übernahme durch das GHK für Lebensmittel sind den jeweiligen Niederlassungen die Unterlagen über die körperlichen Bestandsaufnahmen im Grundmittelbereich in Verbindung mit der Anlagen- und Finanzbuchhaltung zur Prüfung vorzulegen. Die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel entscheiden in Verbindung mit dem Kommunalen Großhandelsbetrieb, ob am Stichtag der Übergabe/Übernahme eine nochmalige körperliche Bestandsaufnahme der Grundmittel erforderlich ist. Sämtliche Investitionsfragen ab Planjahr 1957 sowie die Überhänge aus dem Vorjahr sind von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu übernehmen. Die Kommunalen Großhandelsbetriebe sind verpflichtet, dem GHK für Lebensmittel bereits vor der Übernahme sämtliche vorliegenden Investitionsunterlagen wie Vorplanungs- und Projektierungsunterlagen vorzulegen, so daß dieses in der Lage ist, nicht benötigte Investitionsvorhaben rechtzeitig mit dem Rat des Kreises abzustimmen.
3. Alle Warenbestände, Nahrungs- und Genußmittel (gemäß Sortiment III/1) sind von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu übernehmen. Die Übernahme dieser Waren erfolgt zum EKP gemäß Eingangsrechnung der Kommunalen Großhandelsbetriebe. Die Kommunalen Großhandelsbetriebe sind verpflichtet, per 31. Dezember 1956 über sämtliche Warenbestände eine körperliche Bestandsaufnahme durchzuführen.

Ergeben sich zwischen den Ist-Beständen der körperlichen Bestandsaufnahme und dem Ausweis der Warenbuchhaltung und Finanzbuchhaltung (Konto 170) Differenzen, sind diese per 31. Dezember 1956 ergebniswirksam zu buchen. Soweit eine körperliche Bestandsaufnahme bei Lagerware (z. B. Kartoffeln) nicht möglich ist, erfolgt die Übernahme auf Grund von Buchbeständen (Übereinstimmung der Bestände lt. Lagerfachkarten mit den Bestandskonten der Finanzbuchhaltung muß gegeben sein) unter Abzug des bis zum Zeitpunkt der Übernahme angefallenen Schwundes sowie evtl. Wertminderungen. Schwund und Wertminderungen sind protokollarisch nachzuweisen. Unabhängig davon, wenn die Übernahme erfolgt, sind die Kommunalen Großhandelsbetriebe verpflichtet, den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel die Inventurlisten, die Unterlagen der Warenbuchhaltung sowie die Finanzkonten (per 31. Dezember 1956) vorzulegen. Die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel entscheiden im Einvernehmen mit dem Kommunalen Großhandelsbetrieb, ob auf Grund der körperlichen Bestandsaufnahme per 31. Dezember 1956 ab Stichtag der Übergabe/Übernahme eine nochmalige körperliche Bestandsaufnahme erfolgen muß.

Wertgeminderte und unverkäufliche Waren, die unter die Bestimmungen der Anordnung über die

Behandlung wertgeminderter Waren im staatlichen und genossenschaftlichen Handel (GBL Teil I Nr. 67/55 S. 563) fallen, sind von den Kommunalen Großhandelsbetrieben noch vor der Übergabe entsprechend der Anordnung abzuwerten und zu Lasten des Ergebnisses zu buchen.

Die hierfür zu bildenden Abwertungskommissionen haben ihre Tätigkeit unter Teilnahme je eines Vertreters der zuständigen Niederlassung des GHK für Lebensmittel durchzuführen. Die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel sind verpflichtet, für einen möglichst schnellen Absatz dieser Bestände zu sorgen. Die zum Zeitpunkt der Übergabe/Übernahme im Rahmen des Planes unterwegs befindlichen Handelswaren sind beim Eingang von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu übernehmen.

4. Materialbestände sind von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zum preisrechtlich zulässigen Einkaufspreis zu übernehmen. Bei wertgeminderten Gegenständen hat die Übernahme auf Grund gegenseitiger Vereinbarungen zum Zeitwert zu erfolgen. Auch bei den Materialbeständen haben die Kommunalen Großhandelsbetriebe per 31. Dezember 1956 eine körperliche Bestandsaufnahme durchzuführen. Die ermittelten Bestände sind mit der Materialkartei und dem Sachkonto „Hilfsmaterial“ abzustimmen. Bei der Übergabe/Übernahme ist von dem Kommunalen Großhandelsbetrieb gegenüber der Niederlassung des GHK für Lebensmittel auf Grund der körperlichen Bestandsaufnahme in Verbindung mit der Materialkartei und dem Ausweis in der Finanzbuchhaltung ein klarer Nachweis zu führen. Von der Niederlassung des GHK für Lebensmittel wird auf Grund der Auswertung der körperlichen Bestandsaufnahme im Einvernehmen mit dem Kommunalen Großhandelsbetrieb festgelegt, ob bei der Übergabe/Übernahme eine nochmalige körperliche Bestandsaufnahme erforderlich ist.
5. Die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Lieferanten über Verpackungsmittel sind laut Saldenbestätigung, die von den Kommunalen Großhandelsbetrieben einzuholen ist, von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu übernehmen. Dabei erfolgt die Übernahme der eigenen Verpackungsmittel der Kommunalen Großhandelsbetriebe zum Zeitwert. Die Rückführung der Verpackungsmittel ist entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen durchzuführen. Die Kommunalen Großhandelsbetriebe haben per 31. Dezember 1956 eine Aufnahme der Verpackungsmittelbestände, getrennt nach fremden und eigenen Verpackungsmitteln, vorzunehmen. Die festgestellten Lagerbestände und die Saldenbestätigungen sind mit dem Verpackungsmittelnachweis und dem Sachkonto „Hilfsmaterial“ abzustimmen. Sich dabei ergebende Differenzen, sowohl bei eigenem als auch bei fremdem Leergut, sind sofort ergebniswirksam zu buchen. Auch bei Verpackungsmitteln entscheiden die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel im Einvernehmen mit den Kommunalen Großhandelsbetrieben, ob auf Grund der Auswertung der Leergutinventur per 31. Dezember 1956 am Stichtag der Übergabe/Übernahme eine nochmalige Bestandsaufnahme erforderlich ist.
6. Die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel übernehmen von den Kommunalen Großhandelsbetrieben alle Forderungen und Verbindlichkeiten. Die Kommunalen Großhandelsbetriebe sind verpflichtet, den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel die Forderungen und Verbindlichkeiten in einer Saldenliste mit folgender Untergliederung nachzuweisen:
 - a) fällig innerhalb der gesetzlichen Frist,
 - b) überfällig 16 bis 30 Tage,
 - c) überfällig 31 bis 60 Tage,
 - d) überfällig über 60 Tage,
 - e) zweifelhafte Forderungen.

Für die als überfällig und zweifelhaft ausgewiesenen Forderungen ist im einzelnen von den Kommunalen Großhandelsbetrieben eine ausführliche Begründung zu geben. Die Forderungen und Verbindlichkeiten sind durch Saldenbestätigungen zu belegen.

Uneinbringliche Forderungen sind durch die Kommunalen Großhandelsbetriebe bereits per 31. Dezember 1956 entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zu behandeln (s. Anweisung Nr. 44/52 des Ministeriums der Finanzen, veröffentlicht in DFM 4/52).

Für die Abwicklung sämtlicher Debitoren- und Kreditorenkonten der Kommunalen Großhandelsbetriebe sowie für die Bereinigung der noch evtl. vorhandenen Differenzen und schwebenden Vorgänge sind je nach Umfang des Arbeitsanfalles von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel besondere Mitarbeiter einzusetzen. Diese Arbeitskräfte sind nach der Zustimmung des Rates des Bezirkes unter Anlegung eines strengen Maßstabes zusätzlich befristet in den Arbeitskräfteplan aufzunehmen.

Alle Bankkredite und alle Umlaufmittel gehen von den Kommunalen Großhandelsbetrieben auf die übernehmenden Großhandelsbetriebe über.

Diese treten in die von den Kommunalen Großhandelsbetrieben mit der Deutschen Notenbank abgeschlossenen Verträge über Sonderkredit zur Finanzierung von Übergangs- und Überplanbeständen ein. Zur Finanzierung bisher nicht kreditierter Überplanbestände, die von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel übernommen werden, können zwischen der Deutschen Notenbank und den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel Kreditverträge über Sonderkredite mit genauen Abbauplänen abgeschlossen werden. Diese Kreditverträge sind von den Räten der Bezirke, Abteilung Handel und Versorgung, mitzuziehen.

Für die Anschaffung der Mittel für eventl. eingetretene außerplanmäßige Verluste bis 31. Dezember 1956 ist der Rat des Kreises zuständig, danach der Rat des Bezirkes.

8. Die Kommunalen Großhandelsbetriebe sind verpflichtet, mit den Lieferanten und Abnehmern auf der Grundlage der gegebenen Pläne termingerecht die erforderlichen Verträge abzuschließen. Die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel traten in diese Verträge ein.

Die Vertragskontrahenten der Kommunalen Großhandelsbetriebe sind durch ein Schreiben, das sowohl

von den Kommunalen Großhandelsbetrieben als auch von den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu unterzeichnen ist, über den Partnerwechsel zu unterrichten.

Verträge, die von den Kommunalen Großhandelsbetrieben mit Erzeugern abgeschlossen wurden, die außerhalb des Lieferbereiches der übernehmenden Niederlassung ihren Sitz haben, werden von der übernehmenden Niederlassung der am Sitz des Erzeugers zuständigen Niederlassung übergeben.

9. Bestehende Miet-, Pacht- und Nutzungsverträge sind durch die Kommunalen Großhandelsbetriebe zum Zeitpunkt der Übergabe zu kündigen, soweit nicht die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel in diese Verträge eintreten. In Bedarfsfällen sind durch die Niederlassungen neue Verträge abzuschließen.

10. Die zum Zeitpunkt der Übergabe/Übernahme in den Kommunalen Großhandelsbetrieben vorhandenen und im Kontrollbericht ausgewiesenen Bestände des D-Fonds, des Fonds für Generalreparaturen und sonstiger Fonds sind den Niederlassungen des GHK für Lebensmittel zu übertragen.

V.

1. Die Direktoren der Kommunalen Großhandelsbetriebe haben die Löschung ihrer Betriebe im Handelsregister unter Hinweis auf die im Gesetzblatt veröffentlichte Auflösung der Kommunalen Großhandelsbetriebe zu beantragen.

2. Die Direktoren der Niederlassungen des GHK für Lebensmittel haben bei Neubildung die Eintragung, im übrigen die Berichtigung der Eintragung im Handelsregister unter Hinweis auf die Anordnung über die Veränderung der Erfassung, des Aufkaufs und des Großhandels mit Obst und Gemüse zu beantragen.

VI.

Für die Durchführung der Übergabe/Übernahme und für die Einhaltung der in dieser Anweisung festgelegten Grundsätze sind die Leitungen der Kommunalen Großhandelsbetriebe und der Niederlassungen des GHK für Lebensmittel sowie die Abteilungen für Handel und Versorgung bei den Räten der Kreise und Bezirke verantwortlich.

Wach
Minister

RICHTLINIEN

— 4620 —

Berlin, den 1. Februar 1957

Richtlinie

zur Anordnung über die Veränderung der Erfassung, des Aufkaufs und des Großhandels mit Obst und Gemüse vom 15. Januar 1957 (GBl. I S. 60)

Es werden in ca. 195 Land- und Stadtkreisen der DDR „Spezialhandelsbetriebe“ oder „Branchenbereiche“ für Obst und Gemüse gebildet.

A. Die Spezialhandelsbetriebe und Branchengebiete haben folgende Hauptaufgaben:

1. Auf der Grundlage der staatlichen Pläne für Erfassung und Aufkauf von Obst und Gemüse und der Direktive der örtlichen Staatsorgane über die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte mit den Gemüse- und Obstanbauern Verträge abzuschließen;
2. in den Gemeinden, Städten und Kreisen der Republik die Erfassung und den Aufkauf von Obst und Gemüse durchzuführen;

3. zur Belieferung des staatlichen und privaten Einzelhandels sowie zur Versorgung der Großverbraucher und Belieferung der Be- und Verarbeitungsbetriebe den Versand-, Empfangs- und Platzgroßhandel mit Obst und Gemüse zu organisieren sowie den Empfangs- und Platzgroßhandel mit Kartoffeln durchzuführen;

4. durch die Anwendung des Vertragssystems mit den Erzeugern und den Abnehmern auf die Steigerung der Marktproduktion und Verbesserung der Sortimente und Qualitäten einzuwirken sowie die Erfassung- und Aufkaufpläne im Rahmen der Betriebspläne zu erfüllen;

5. Zwischen Großerzeugern (Volkseigenen Gütern, Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und anderen Spezialbetrieben) und Großverbrauchern, Großküchen, Be- und Verarbeitungsbetrieben und Verkaufsstellen des Einzelhandels den Direktbezug vermitteln;

6. die Erzeuger entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zu bezahlen;

7. durch ständige Auswertung der Bedarfsermittlung in Abstimmung des jeweiligen Aufkommens und der Bedarfslage allseitig auf die Preisbildung und Einhaltung einzuwirken.
8. Der Einkauf von Obst und Gemüse ist den Spezialhandelsbetrieben und den Branchebereichen nur im eigenen Kreisgebiet gestattet. Die geltenden Bestimmungen über die Handelstätigkeit der Konsumgenossenschaften und des privaten Groß- und Einzelhandels werden durch diese Richtlinie nicht berührt.
9. Zur Sicherung einer ordnungsgemäßen Versorgung in den Wintermonaten ist in den Kreisen und Städten die Lagerhaltung von Obst und Gemüse durchzuführen. Außerdem sind entsprechend den Erfordernissen Reiferäume für Südfrüchte (Bananen und Zitrusfrüchte) zu unterhalten.

B. Gliederung der Branchengebiete und Spezialbetriebe:

1. Entsprechend dem Aufkommen an Obst und Gemüse ist in den Gemeinden und Städten ein breites Netz von Ortserfassungsstellen zu schaffen.

Die Ortserfassungsstellen sind weitgehend auf der Grundlage vertraglicher Vereinbarungen mit Betriebsstätten der BHG und der VEAB und Einkaufskontoren der Konsumgenossenschaft zu organisieren.

Darüber hinaus sind auch Verträge mit werktätigen Einzelbauern und Gärtnereien abzuschließen. In größeren Orten und in den Anbaugebieten sind Erfassungsstellen mit Lager- und Transportschwerpunkten zu unterhalten.

2. Für die Bezahlung der Erzeuger und für Rechnungslegung ist eine Fakturenstelle mit Kasse einzurichten.

Die Handelstätigkeit (Vertragsabschluß mit Erzeugern und Abnehmern, Festlegung des kürzesten Warenweges, Warenabnahme und Verkauf) wird durch Dispositionsgruppen, denen auch die Einkäufer unterstellt sind, organisiert.

Der Transport und die Lagerwirtschaft einschließlich der Koordinierung der Lager- und Transportaufgaben in den Erfassungsstellen wird von der Gruppe Lager und Transport durchgeführt.

3. Der Branchengebiet untersteht einem besonderen Handelsleiter. Er ist für die gesamte Organisation und die Handelstätigkeit verantwortlich.

C. Arbeitsweise der Branchengebiete und Spezialbetriebe:

Die Einkaufs- und Erfassungstätigkeit der Spezialbetriebe und der Branchengebiete ist so zu organisieren, daß die Verkaufsstellen des Einzelhandels vor Verkaufsbeginn mit frischem Obst und Gemüse beliefert werden. Mit den Erzeugern sind Vereinbarungen über dementsprechende Anlieferungen zu treffen.

Der Transport für den überkreislichen und überbezirklichen Ausgleich hat möglichst nachts zu erfolgen.

Auf der Grundlage der vom Ministerium für Handel und Versorgung in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Erfassung und Einkauf aufgestellten Bilanzen werden die Liefer- und Empfangspläne für den überbezirklichen Ausgleich durch das Ministerium für Handel und Versorgung aufgestellt. Dabei ist das Eigenaufkommen mit dem Import zu koordinieren.

Zur Sicherung der Erfüllung und Übererfüllung der Warenbewegungspläne führt der Betrieb „Obst- und Gemüseleithandel“ Vermittlungen und Dispositionen für den überbezirklichen Ausgleich in Verbindung mit der Abwicklung der Importe durch.

Die Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke stellen gemeinsam mit den Abteilungen

für Erfassung und Einkauf die Bilanz für den Bezirk auf und arbeiten die Liefer- und Empfangspläne für den überkreislichen Ausgleich aus.

Die Vermittlung und Disposition für den überkreislichen Ausgleich in Verbindung mit der Abwicklung der Importe wird von den Spezialhandelsbetrieben der Bezirkshauptstädte durchgeführt.

Bei der Durchführung des überkreislichen und überbezirklichen Ausgleichs gilt der Grundsatz: „Ausfuhr geht vor Eigenversorgung.“

Zur Herstellung hochwertiger Konserven ist die Industrie mit einwandfreier Qualität zu beliefern. Darüber hinaus sind auch mit der örtlichen Industrie Verträge über Lohnarbeit abzuschließen, um jeden Verlust zu vermeiden und alle örtlichen Reserven auszunutzen.

Wach
Minister

Verf. u. Mittg.

Min. f. H. u. V.

Heft 6/57

— 1400 —

Berlin, den 2. Februar 1957

Richtlinie für das Einfließen der wirtschaftlichen Ergebnisse der Großhandelskontore für Lebensmittel (außer Großhandelskontor O. G. und Gemüse-Leithandel, Berlin) sowie der kommunalen Großhandels- betriebe in den Haushalt der Räte der Bezirke ab 1. Januar 1957

In Durchführung der Anordnung über die Veränderung der Erfassung, des Einkaufs und des Großhandels mit Obst und Gemüse vom 15. Januar 1957 wird in der nachstehenden Richtlinie der Verfahrensweg für die Finanzierung des GHK Lebensmittel und der kommunalen Großhandelsbetriebe und für die Abrechnung ihrer wirtschaftlichen Ergebnisse gegenüber dem Haushalt festgelegt.

I. Allgemeines

Ab 1. Januar 1957 gehen die wirtschaftlichen Ergebnisse der Niederlassungen der Großhandelskontore für Lebensmittel bzw. der „Großhandelskontore für Lebensmittel; Großhandelskontore für Lebensmittel, Obst und Gemüse; Großhandelskontore für Obst und Gemüse“ und der kommunalen Großhandelsbetriebe in vollem Umfange in den Bezirkshaushalt ein, zu dessen Lasten die Deckung der planmäßigen Ausgaben erfolgt. Der Haushaltsplan des Bezirkes erweitert sich um das Kapitel 360/1 mit folgenden Positionen:

Einnahmen:

- a) Nettogewinn,
- b) planmäßige Umlaufmittelabführung,
- c) Amortisationsanteile, die von den Betrieben nicht für die planmäßige Zuführung zu den betrieblichen Fonds benötigt werden,
- d) Sonstiges.

Ausgaben:

- a) planmäßige Verluststützung einschließlich D-Fondsstützung für Betriebe mit geplantem Verlust,
- b) planmäßige Umlaufmittelzuführung,
- c) planmäßige Zuschüsse für Investitionen und Generalreparaturen.

II. Finanzierung

1. Auf dem Gebiet der Finanzierung übernehmen die Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke ab 1. Januar 1957 die Aufgaben, die z. Z. von der Verwaltung der Niederlassungen des GHK für Lebensmittel und von den Abteilungen Handel

und Versorgung bei den Räten der Kreise für den kommunalen Großhandel durchgeführt werden. Die Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke sind verantwortlich

- a) für den Einzug der von den Betrieben an die Abteilung Handel und Versorgung abzuführenden Nettogewinne und ihre termingerechte Weiterleitung an den Bezirkshaushalt,
- b) für den Einzug der planmäßigen Umlaufmittel-Abführungen und die Weiterleitung an den Bezirkshaushalt, sofern keine Verwendung dieser Mittel zur Deckung von Umlaufmittel-Fehl-beträgen planmäßig vorgesehen ist,
- c) für den Einzug der ihnen laut Plan zustehenden Amortisationsanteile,
- d) für die Zuführung der planmäßigen Verlust-stützungen entsprechend der Ist-Ergebnisse,
- e) für die Zuführung der planmäßigen Umlauf-mittel,
- f) für die Zuführung der planmäßigen Investitionen und Generalreparaturen.

Der Einzug der Staatseinnahmen unterliegt der Zu-ständigkeit der Unterabteilung Abgaben der Räte der Kreise.

2. Über die Abwicklung des bei der Verwaltung der Niederlassungen des GHK für Lebensmittel ge-führten Umverteilungskontos Investitionen ergeht besondere Anweisung.
3. Über die Finanzierung der Investitionen und Generalreparaturen für das Jahr 1957 ergeht eine besondere Richtlinie des Ministeriums der Finanzen.

4. Das bei der Verwaltung der Niederlassungen des GHK Lebensmittel geführte Umverteilungskonto „Generalreparaturen — Nebenanlagen“ ist per 31. Dezember 1956 aufzulösen und entsprechend den Abführungen der Niederlassungen und der in An-spruch genommenen Mittel auf die Räte der Bezirke aufzuteilen.

Die Kontonummer des in Frage kommenden Kontos ist von den Räten der Bezirke der Verwaltung der Niederlassungen des GHK für Lebensmittel mit-zuteilen.

5. Um die ordnungsgemäße Finanzierung der Betriebe sicherzustellen, ist von der Abteilung Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke ein monat-licher Kassenplan aufzustellen, welcher der Ab-teilung Finanzen beim Rat des Bezirkes einzureichen ist. Der Kassenplan wird durch die Abteilung Finanzen bestätigt und dient als Grundlage für die Zu- und Abführung von Mitteln an den bzw. durch den Bezirkshaushalt.

6. Von der Abteilung Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke sind nachstehende Konten bei der Deutschen Notenbank zu führen:

- a) Konto Nr. 104 „Ergebniskonto“
Dieses Konto dient zur Aufnahme der Netto-gewinne der Betriebe und zur Ausreichung der planmäßigen Verluststützungen an die Betriebe.
- b) Konto Nr. 105 „Umlaufmittelkonto“
Dieses Konto dient zur Aufnahme der planmäßig abzuführenden bzw. überplanmäßig eingesparten Umlaufmitteln der Betriebe sowie zur Zuführung der planmäßigen Umlaufmittel-Ausstattung.
- c) Konto Nr. 107 „Verzugs- und Verspätungs-zuschläge“
Dieses Konto dient zur Aufnahme der den Be-trieben auf Grund der gesetzlichen Bestimmun-gen berechneten Verzugs- und Verspätungs-zuschläge auf Nettogewinnabführung.

7. Die Abteilung Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke ist dafür verantwortlich, daß die Bestände auf den Ergebniskonten per Ultimo jeden Monats zugunsten des Bezirkshaushaltes abverfügt werden.

8. Die Abteilung Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke hat bis zum 5. jeden Monats eine Abrechnung der Ergebniskonten an die Abteilung Finanzen des Rates des Bezirkes einzureichen.

III. Behandlung des Überhanges 1956 in 1957

Alle laut Kontrollbericht per 31. Dezember 1956 aus-gewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten aus Nettogewinn und planmäßiger Verluststützung ein-schließlich D-Fonds-Stützung werden von der Verwal-tung der Niederlassungen des GHK Lebensmittel sowie von den Räten der Kreise abgewickelt. Abrechnung erfolgt bis zum 15. Februar 1957 beim übergeordneten Finanzorgan.

Die Mittel zum Ausgleich der Forderungen aus außer-planmäßigem Verlustausgleich und außerplanmäßigen D-Fonds-Stützungen werden den Räten der Bezirke für die GHK Lebensmittel nach Beschlußfassung durch den Ministerrat zugeleitet. Es ist nicht gestattet, Rück-flüsse aus planmäßigen Verluststützungen und D-Fonds-Stützungen 1956 zur Finanzierung außerplanmäßiger Verluste und außerplanmäßiger D-Fonds-Stützungen zu verwenden.

IV. Umlaufmittelreservefonds

1. Das Ministerium für Handel und Versorgung über-trägt am 1. Januar 1957 den auf die Räte der Be-zirke — Abt. Handel und Versorgung — entfallen-den Anteil des zentral verwalteten Umlaufmittel-Reservefonds. Der den Räten der Bezirke zu übertragende Fonds beträgt 2 % der planmäßigen Umlaufmittel des Jahres 1956 der Niederlassungen des GHK Lebensmittel. Bei Änderungen der plan-mäßigen Umlaufmittel-Ausstattung müssen ent-sprechende Berichtigungen vorgenommen werden.

2. Bei Übernahme der kommunalen Großhandels-betriebe durch die Räte der Bezirke haben die Räte der Kreise den planmäßigen Umlaufmittelfonds der kommunalen Großhandelsbetriebe in voller Höhe (100 %) zu übergeben.

3. Über die Bildung und Verwendung der Reserve-fonds gelten die den Räten der Bezirke bereits be-kanntgegebenen Richtlinien.

4. Die Verwendung der überplanmäßig erzielten Ge-winne erfolgt nach den für die örtliche volkseigene Wirtschaft geltenden Bestimmungen.

5. Unabhängig davon, daß der Leiter der Abteilung Handel und Versorgung im Rahmen des Kontroll-berichtes verpflichtet ist, Rechenschaft über die Ver-wendung des Reservefonds bzw. Sonderfonds ab-zulegen, hat monatlich eine Abrechnung der Fonds gegenüber der Abteilung Finanzen beim Rat des Bezirkes zu erfolgen. Die Form der Abrechnung wird durch die Abteilung Finanzen der Räte der Bezirke festgelegt.

V. Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel, Berlin

1. Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüse-leithandel führt den im Planjahr erwirtschafteten Nettogewinn an das Ministerium für Handel und Versorgung direkt auf dessen Konto Nr. 104 8208 DN Berlin ab. Planmäßige Verluste und D-Fonds-Stützungen werden vom Ministerium für Handel und Versorgung zugeführt.

2. Eine erforderliche Bereinigung des Umlaufmittel-fonds lt. Plan 1957 wird vom Ministerium für Han-del und Versorgung vorgenommen.

3. Die Zuführung der Mittel für planmäßige Investi-tionen und Generalreparaturen erfolgt durch das Ministerium für Handel und Versorgung.

4. Überhänge in 1957 werden durch die Verwaltung des GHK Lebensmittel analog dem bereits im Ab-schnitt III Gesagten abgerechnet.

Wach
Minister

— Vfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 6/57 —

— 3150 —

Berlin, den 4. Februar 1957

Abänderung

der Richtlinie zur Herausgabe des Volkswirtschaftsplanes 1957 — **Planteil Warenumsatz, Warenbereitstellung, Handelsnetz, Investitionen** — vom 10. Dezember 1956

(Verfügungen und Mitteilungen Nr. 32/56)

Betr.: Zentralgeplante und zentralgeleitete HO-Betriebe

Im Punkt A III a der o. a. Richtlinie ist für die zentralgeleiteten Betriebe und im Punkt A VII für die zentralgeplanten Betriebe des staatlichen Einzelhandels festgelegt, daß diese Betriebe für die Realisierung der zentralverteilten und gelenkten Fonds selbst verantwortlich sind, auch wenn Teile dieser Warenfonds über den staatlichen Großhandel bezogen werden. Dieses Verfahren führt in der Praxis zur Benachteiligung dieser Handelsbetriebe gegenüber den HO-Kreisbetrieben.

In Abänderung der o. a. Richtlinie wird daher bestimmt:

1. Die Betriebe der zentralgeplanten Handelssysteme HO Wismut und HO Vertrieb

sowie die zentralgeleiteten Betriebe
HO Warenhäuser (Z) und
HO Gaststätten (Z)

gliedern die Positionen ihres zentralverteilten und gelenkten Fonds nach Bezug über den staatlichen Großhandel und Direktbezug auf. Sie geben den Teil, den sie über den staatlichen Großhandel beziehen wollen, an die zuständige Niederlassung des staatlichen Großhandels.

2. Der den staatlichen Großhandelsorganen von den Betrieben der HO Wismut und HO Vertrieb und den zentralgeleiteten HO-Betrieben übergebene Teil des zentralverteilten und gelenkten Fonds gilt für die staatlichen Großhandelsorgane als staatliche Planaufgabe, für deren Realisierung sie verantwortlich sind.
3. Der verbleibende Teil, den die Betriebe der HO Wismut und HO Vertrieb und die zentralgeleiteten HO-Betriebe direkt von der Produktion beziehen, gilt für diese als staatliche Planaufgabe.

Stellvertreter des Ministers

I. V.: Dümde
Hauptabteilungsleiter

— Verfg. u. Mittlg. —

Min. f. H. u. V.

Heft 9/57 —

PREISDIENST

— 3660 —

Preisbewilligung Nr. IV/3/57
für Perlonflorteppiche

Für die vom VEB Halbmond, Oelsnitz, entwickelten Perlonflorteppiche Axminster (Gondar) und Tournay (Rubin) werden folgende Preise und Nomenklaturnummern festgesetzt:

Artikel	Nomenklatur-Nr.	IAP	GHS	EHS	EVP	ME
Gondar, 18 Chenillestreifen, MZ: 100 % Perlon	4252-73-001	62.16	4.44 (= 6 %)	7.40 (= 10 %)	74.—	qm
Rubin, 38 Ruten 3 chorig MZ: 100 % Perlon	4251-73-001	75.80	5.40 (= 6 %)	9.— (= 10 %)	90.—	qm

Erläuterungen:

1. Die 5. und 6. Stelle der Nomenklaturnummer beinhaltet nicht mehr die verschlüsselte Verbrauchsabgabe, sondern mit der Nr. 73 wird ein Perlonflorteppich bezeichnet.
2. Die 7. bis 9. Stelle besagt nicht mehr den verschlüsselten EHAP, sondern ist nur eine Ordnungsnummer.
3. Aus diesem Grunde wird die Handelsspanne in Prozent vom EVP festgesetzt, und zwar die Großhandelsspanne 6 %, die Einzelhandelsspanne 10 %.
4. Die Abkürzung MZ: bedeutet Materialzusammensetzung.

Preisbewilligung Nr. I/VII/56/80
vom 20. Dezember 1956

für Vergrößerungsapparat Manufoc II ohne Kassette

Hersteller: VEB Aspecta, Dresden

EVP	246.— DM
EHS	40,78 DM
GAP	205,24 DM
GHS	28,74 DM
IAP	178,50 DM

Berlin, den 29. Januar 1957

Preisbewilligung Nr. I/VII/56/84
vom 28. Dezember 1956

für Musikschränk „Caruso II“ mit „Rienzi I“ und dreitourigem Plattenspieler

Herstellerwerk: VEB Stern-Radio Staßfurt

EVP	1200.— DM
EHS	144.— DM
GAP	1056.— DM
GHS	96.— DM
IAP	960.— DM

Preisbewilligung Nr. I/VII/56/85
vom 20. Dezember 1956

für Aufspiegelverstärker „AV I“

Herstellerwerk: VEB Stern-Radio Rochlitz

EVP	75.— DM
EHS	9.— DM
GAP	66.— DM
GHS	6.— DM
IAP	60.— DM

Preisbewilligung Nr. I/VII/57/5
vom 23. Januar 1957

Hersteller: VEB (K) Elektronik Plauen (Vogtl.)

für Blitzgerät „Micky“ ohne Einzelteile

EVP	189.— DM
EHS	27,88 DM
GAP	161,12 DM
GHS	18,20 DM
IAP	142,92 DM

Netzteil für Blitzgerät „Micky“

EVP	30.— DM
EHS	5.— DM
GAP	25.— DM
GHS	3,28 DM
IAP	21,74 DM

Preisbewilligung Nr. I/VII/57/7

vom 17. Januar 1957

für Theaterglass „Puck“ vergoldet

Hersteller: Carl Ruhnke, Rathenow

EVP	85,— DM
EHS	9,80 DM
GAP	55,20 DM
GHS	8,88 DM
IAP	48,52 DM

Tasche für Theaterglass „Puck“

EVP	6,— DM
EHS	0,74 DM
GAP	5,28 DM
GHS	0,46 DM
IAP	4,80 DM

Preisbewilligung Nr. I/VII/57/10

vom 23. Januar 1957

für Theaterglass „Theastar“ beledert (Güteklasse S) ohne Behälter

Hersteller: VEB Rathenow Optische Werke

EVP	58,50 DM
EHS	8,97 DM
GAP	50,53 DM
GHS	6,11 DM
IAP	44,42 DM

Theaterglass „Theastar“ vergoldet (Güteklasse S) ohne Behälter

EVP	88,— DM
EHS	14,77 DM
GAP	63,23 DM
GHS	10,08 DM
IAP	73,17 DM

Preisbewilligung Nr. I/VII/57/8

vom 15. Januar 1957

für Großsuper „Beethoven II“ mit Ferritantenne

Herstellerwerk: VEB Stern-Radio Rochlitz

EVP	918,— DM
EHS	110,16 DM
GAP	807,84 DM
GHS	73,44 DM
IAP	734,40 DM

Preisbewilligung Nr. I/VII/57/15

vom 23. Januar 1957

für Precisa II mit Meritar 3,5/75, Binorverschluß verchromt

Hersteller: Kamerawerk Woldemar Beier, Freital 2

EVP	91,— DM
EHS	14,56 DM
GAP	76,44 DM
GHS	10,01 DM
IAP	60,43 DM

Preisbewilligung Nr. I/VII/57/19

vom 25. Januar 1957

für Musikschrank „Caruso I“ mit „Diamant I“, ohne Plattenspieler

Herstellerwerk: VEB Stern-Radio Staßfurt

EVP	1215,— DM
EHS	145,80 DM
GAP	1069,20 DM
GHS	97,20 DM
IAP	972,— DM

MITTEILUNGEN

— 5913 —

Berlin, den 2. Februar 1957

Ausweis der Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft im Kontrollblatt „Nachweis über die Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung“

In Abstimmung mit der Deutschen Notenbank ist der Ausweis der Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft im Kontrollblatt „Nachweis über die Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung“ verbindlich festgelegt worden. Die Filialen der Deutschen Notenbank sind angewiesen, auf die richtige Abrechnung zu achten.

Entgegen der Anweisung Nr. 49/56 (Verfügungen und Mitteilungen Nr. 27/56, S. 289, Abschnitt III, Position 4) und der Mitteilung über die Behandlung von noch nicht durch die Sparkasse kreditierten Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft zum Monatsabschluß vom 17. Dezember 1956 (Verfügungen und Mitteilungen Nr. 33/56 S. 345) wird folgende Änderung getroffen:

Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft, die zum Monatsabschluß bestehen und noch nicht durch die zuständige Sparkasse kreditiert sind, müssen im Abschnitt A des Kontrollblattes Zeile 8 als „noch nicht kreditierte Verrechnungsdokumente aus Teilzahlungsgeschäft“ ausgewiesen werden. Dabei erkennt die Deutsche Notenbank nur die Erlöse der letzten zwei Tage an.

Die „Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft“ (Konto 251) und die „Überfälligen Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft“ sind in der ersten Betragsspalte der Zeile 31 einzusetzen. In der Zeile 32 wird in der ersten Betragsspalte der Betrag der in der Zeile 8 stehenden „noch nicht kreditierten Verrechnungsdokumente aus Teilzahlung“ übernommen und von der Zeile 31 abgesetzt. Der so ermittelte Betrag wird zur Addition in die zweite Betragsspalte eingesetzt. Die Zeile 33 „Überfällige Forderungen“ nimmt gleichzeitig die überfälligen Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft auf. Diese sind als Darunter-Position der schraffierten Spalte in der Textzeile einzusetzen.

Die Zeile 37 — Kredite für Teilzahlungsverfahren — und Zeile 38 — Abgegrenzte Kreditaufschläge — bleiben unverändert. In der ersten Betragsspalte der Zeile 37 ist lediglich der überfällige Kredit aus Teilzahlungsverfahren als Darunter-Position zur zweiten Betragsspalte nachzuweisen.

Es muß jetzt Übereinstimmung bestehen zwischen dem Saldo der Zeile 32 mit der Zeile 37 zuzüglich der Zeile 38. Weiterhin muß die Darunter-Position der Zeile 33 mit der Darunter-Position der Zeile 37 übereinstimmen. Großhandelskontore, die private Kommissionshändler führen, verfahren analog dieser Regelung.

VORDRUCKWESEN

— 2130 —

Berlin, den 6. Februar 1957

Einzelhandel

2. Nachtrag zum Globalvertrag mit VLV Berlin
Mit dem VEB Vordruck-Leitverlag Berlin wurde zum Globalvertrag vom 15. Mai 1956 (s. Verg. u. Mittlg. Nr. 11/56 S. 125) ein zweiter Nachtrag mit zwei Paragraphen unterzeichnet. Der § 1 nennt die gesamte Papiermenge, welche vertragsgemäß zur Verfügung steht. Der zweite Paragraph lautet:

§ 2

Der § 5 Ziffer 1 erhält folgende Neufassung:

- (1) Der VLV stellt den Bestellern mit dem MHV abgestimmte Bestelllisten in dreifacher Ausfertigung bis zum 31. Januar 1957 zur Verfügung.
- a) Die Besteller haben dem VLV den Bedarf für die Zeit vom 1. Juli 1957 bis 30. Juni 1958 insgesamt und nach Quartalen untergliedert bis zum 15. Februar 1957 auf den Bestelllisten in zweifacher Ausfertigung mitzuteilen.
- b) Der Bedarf aller Besteller ist vom VLV bis zum 10. März 1957 insgesamt und nach Quartalen unterteilt zu verdichten und mit dem MHV als Grundlage für die Planung des Papierkontingentes abzustimmen. Die Abstimmung muß bis zum 12. März 1957 abgeschlossen sein.

Vordruck-Bestellungen beim VLV Berlin

Wir weisen die HO-Betriebe auf den im zweiten Nachtrag zum Globalvertrag genannten Bestelltermin für Standardvordrucke beim VEB Vordruck-Leitverlag Berlin, den

15. Februar 1957,

hin. Dieser Termin ist unbedingt einzuhalten, wenn die Belieferung mit Standardvordrucken gewährleistet

sein soll. Die Jahresbestellliste (Jahresvertrag) wurde bereits Mitte Januar 1957 übersandt.

HO-Betriebe, die zu Kombinat vereint werden, weisen wir darauf hin, daß der Vertrag auf den Nachfolgebetrieb übergeht. Veränderungen der Vordruckbestellungen sind für den Bedarf IV/57 zum 1. Juni 1957 möglich. Es sind hierzu die „Erläuterungen zur Bestellung von Standardvordrucken“ auf der Seite 2 des HO-Vordruck-Verzeichnisses (Ausgabe Januar 1957) zu beachten.

Finanzberichterstattung 1957 — Vordruckbedarf für III. und IV./57

Für den Bedarf III. und IV. Quartal 1957 sind die Vordrucke der Finanzberichterstattung 1957.

Best.-Nr. 820/89 957 bis 820/89 965

(veröffentlicht in Verg. u. Mittlg. Nr. 30/56 S. 297 und Nr. 3/57 S. 31) beim Vordruck-Leitverlag EDB, Freiberg/Sachsen, Scheunenstr. 9,

- a) von den Räten der Bezirke, Abt. HuV, für die ihnen unterstellten Räte der Kreise und HO-Betriebe;
- b) von den Hauptverwaltungen HO Wismut und HO Vertrieb für die ihnen unterstellten HO-Betriebe;
- c) von den verbleibenden Z-Betrieben

15. März 1957

zu bestellen. Bei Angabe von Verteilerschlüsseln (zu a und b) erfolgt die Lieferung und Rechnungslegung an die HO-Betriebe.

Für den Vordruck Bestell-Nr. 820/8998 „Bilanz“ wird zu einem späteren Zeitpunkt ein Bestelltermin genannt.

INHALTSVERZEICHNIS

I. Anweisungen

- Nr. 9/57. Führung von einfachen Kassenzetteln und Kassenslisten in den HO-Lebensmittelverkaufsstellen 45
- Nr. 7/57. Wartung von Kühlanlagen und Kühlmöbeln 45
- Nr. 4/57 zur Anordnung vom 15. Januar 1957 über die Veränderung der Erfassung, des Aufkaufs und des Großhandels mit Obst und Gemüse (GBl. I S. 60) — Beendigung der Tätigkeit der kommunalen Großhandelsbetriebe und Übernahme der Aufgaben durch das GHK für Lebensmittel 46

II. Richtlinien

- Richtlinie zur Anordnung über die Veränderung der Erfassung, des Aufkaufs und des Großhandels mit Obst und Gemüse vom 15. Januar 1957 (GBl. I S. 60) 49
- Richtlinie für das Einfließen der wirtschaftlichen Ergebnisse der Großhandelskontoren für Lebensmittel (außer Großhandelskontor Obst- und Gemüse-Leithandel, Berlin) sowie der kommunalen Großhandelsbetriebe in den Haushalt der Räte der Bezirke ab 1. Januar 1957 50
- Abänderung der Richtlinie zur Herausgabe des Volkswirtschaftsplanes 1957 — Plantell Warenumsatz, Warenbereitstellung, Handelsnetz, Investitionen — vom 10. Dezember 1956 52

III. Preisdienst

- Preisbewilligung Nr. IV/3/57 für Perlonflorteppiche 52
- Preisbewilligung Nr. I/VII/56/80 52
- Preisbewilligung Nr. I/VII/56/84 52
- Preisbewilligung Nr. I/VII/56/85 52
- Preisbewilligung Nr. I/VII/57/3 52
- Preisbewilligung Nr. I/VII/57/7 53
- Preisbewilligung Nr. I/VII/57/8 53
- Preisbewilligung Nr. I/VII/57/10 53
- Preisbewilligung Nr. I/VII/57/15 53
- Preisbewilligung Nr. I/VII/57/19 53

IV. Mitteilungen

- Ausweis der Forderungen aus dem Teilzahlungsgeschäft im Kontrollblatt „Nachweis über die Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung“ 53

V. Vordruckwesen

2. Nachtrag zum Globalvertrag mit VLV Berlin 54
- Vordruck-Bestellungen beim VLV Berlin 54
- Finanzberichterstattung 1957 — Vordruckbedarf für III. und IV./57 54

Herausgeber: Deutsche Demokratische Republik, Ministerium für Handel und Versorgung, Berlin — Verlag: (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin O 17, Michaelkirchstraße 17, Fernruf: 67/44 11, Postscheckkonto: 14 00 25 — Erscheinungsweise: wöchentlich — Bezug: nur durch die Post zum Dienstgebrauch — Bezugspreis: vierteljährlich 3,25 DM — Einzelausgabe — 25 DM (nur durch den Verlag zu beziehen) — Veröffentlicht unter der Druckgenehmigungs-Nr. Ag 131/57 DDR — Druck: (140) Neues Deutschland, Berlin

**Verfügungen und Mitteilungen
des Ministeriums
für Handel und Versorgung**

STICHWORTVERZEICHNIS

IV. Quartal 1956

Hefte Nr. 20 bis Nr. 33/56 (6. Oktober bis 22. Dezember 1956)

Herausgegeben vom Ministerium für Handel und Versorgung

Berlin 1957

VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Handel und Versorgung**Stichwortverzeichnis****IV. Quartal 1956**

Die Zahlen am Schluß jeder Angabe bedeuten: Heft-Nr./Seite

A**Abrechnung**

- Abrechnung von „Fleisch, Fleisch- und Wurstwaren“ und „Tierische Fette“ 23/244

Ambulanter Handel

- Abrechnung des ambulanten Handels 21/217

- Anzahlungen** 21/217

- Ausleihdienst** 25/259

- Ergänzung zur Anweisung Nr. 23/56 21/213

Ausleihware

- Finanzierung der Ausleihware 30/296

Ausstellungen

- siehe Messen

B**Batterien**

- Kraftfahrzeugbatterien 21/217

Bauernmärkte

- siehe Kommissionshandel

Bedarfsforschung

- Anweisung Nr. 39/56 — Berichterstattung Bedarfsforschung III/1956 22/230

Berichterstattung

- Berichterstattung EUGK (Erfassung nach Umsatzgrößenklassen) der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik 22/233
- Richtlinien zur Planabrechnung und Berichterstattung 1957 30/289
- Berichterstattung der Warenauslieferung an die Verkaufsstellen der HO-Betriebe — ohne HO-Vertriebe und HO-Warenhäuser 30/296

Berichtswesen

- Anweisung Nr. 45/56 — Durchführung der Verordnung über das Berichtswesen in der DDR vom 20. Juli 1956 24/248

Berufswettbewerb

- Aufruf für den Berufswettbewerb der deutschen Jugend 28/274
- Richtlinie für den Berufswettbewerb der deutschen Jugend 1957 in den Betrieben des staatlichen und genossenschaftlichen Groß- und Einzelhandels 28/275

Bestandsaufnahmen

- Gemeinsame Anweisung über die Durchführung von Bestandsaufnahmen im volkseigenen Groß- und Einzelhandel und Umbewertung der Waren, für die per 1. Januar 1957 Festpreise eingeführt werden 32/315

Betriebsplan

- Finanzierung und Abrechnung von Maßnahmen, die im Betriebsplan nicht vorgesehen sind 23/243

- Richtlinien zum Betriebsplan des staatlichen Einzelhandels 1957 — Planteile „Produktivität, Arbeitskräfte und Lohn“ und „Berufsausbildung“ 31/301

Betriebsplanvorschlag

- Betriebsplanvorschlag HO 1957 21/218

Bettfedern

- Anweisung Nr. 37/56 — Kleistmengenzuschlag für füllfertige Bettfedern 21/213

D**D-Fonds**

- Berechnungsgrundlage für die Zuführung zum D-Fonds 1956 für hauptamtliche Funktionäre gesellschaftlicher Organisationen ... 23/245

- D-Fonds-Bildung und Prämienzahlung für das leitende kaufmännische Personal für das III. und IV. Quartal 1956 25/259

- Ergänzung zur Mitteilung über die D-Fonds-Bildung und Prämienzahlung für das III. und IV. Quartal 1956 28/280

Direktorfonds

- Behandlung der Direktorfonds-Rückbildung 22/233
- Direktorfondsbildung und Quartalsprämienermittlung 31/310

Druckgenehmigungen

- Anträge für Druckgenehmigungen 24/254

E**Erlöseinzahlungen**

- Erlöseinzahlung des staatlichen und genossenschaftlichen Handels auf dem Lande 21/220

F

- Fachkontenrahmen** 28/284

Festpreise

- Gemeinsame Anweisung über die Durchführung von Bestandsaufnahmen im volkseigenen Groß- und Einzelhandel und Umbewertung der Waren, für die per 1. Januar 1957 Festpreise eingeführt werden 32/315

Finanzberichterstattung

- Richtlinien für die Aufstellung und Einreichung der Finanzberichterstattung — Kontrollberichte — zum Abschluß per 31. Dezember 1956 für den staatlichen Einzelhandel 31/300

x

Frachtkostenberechnung

- Frachtkostenberechnung durch die NL Importleithandel für Importwaren 30/295

Frisch-Fisch-Vst

- Sonderzuschläge für Beschäftigte in Frisch-Fisch-Vst 25/260

Fortschritt

- siehe Technisch-organisatorischer Fortschritt

G**Gastronomische Kapazitäten**

- Anweisung Nr. 53/56 — Bewirtschaftung gastronomischer Kapazitäten gewerkschaftlicher Kultur- und Klubhäuser — (Ergänzung zur Anweisung Nr. 69/55) 28/273

Gehaltszahlungen

- siehe Prämien

Geschenksversandhandel

- Anweisung Nr. 43/56 — Einführung des Geschenksversanddienstes für Industriewaren im staatlichen Einzelhandel 24/247

H**Handelsnetz**

- Vierteljährliche Abrechnung des Planes zur Entwicklung und Spezialisierung des Handelsnetzes 28/280
- Formblattbedarf zur Abrechnung des Handelsnetzes per 31. Dezember 1956 28/280
- Berichterstattung über die Entwicklung des Handelsnetzes 33/342

Hotel-Prospekt

- Anweisung Nr. 55/56 — Durchführung einer Erhebung über die Anzahl der Hotels, die Bettenkapazitäten und die dazugehörenden Einrichtungen als Grundlage für die Herausgabe eines umfassenden Hotel-Prospektes .. 30/287

I**Importwaren**

- Frachtkostenberechnung durch die NL Importleithandel für Importwaren 30/295

J**Jugend**

- Anweisung Nr. 40/56 — Tag der Überprüfung der Jugend- und Sporteinrichtungen 23/235

K**Kaffee**

- Anweisung Nr. 36/56 — Veränderung der Mengen und Preise für Zucker und Milch, die beim Ausschank von Kaffee als Beigabe verabreicht werden 21/212

Kaufbedingungen

- siehe Lieferbedingungen

Kommissionshandel

- Anweisung Nr. 41/56 — Einstellen des Kommissionshandels auf Bauernmärkten 23/235

Kommissionsweise Überlassung

- Richtlinien über die kommissionsweise Überlassung von Industriewaren durch den staatlichen Großhandel 22/231

Kommissionsweise Überlassung

- Richtlinie über die kommissionsweise Überlassung von Industriewaren durch den staatlichen Großhandel an den privaten Einzelhandel 26/264

Konfliktkommission

- Konfliktkommission — Ergänzung zur Anweisung Nr. 61/55 21/213

Konserven

- Anweisung Nr. 62/56 — Standardsortiment für tischfertige Konserven 33/330

Kontenplan

- Kontenplan 1957 des staatlichen Einzelhandels 31/308

Kontrollausschußsitzungen

- Anweisung Nr. 32/56 — Durchführung von Kontrollausschußsitzungen zum Abschluß per 31. Dezember 1956 in den NL der GHK und den Z-Betrieben der HO 21/211
- Durchführung von Kontrollausschußsitzungen in den bezirksgeleiteten Einzelhandelsbetrieben (HO) sowie in den kommunalen Großhandelsbetrieben zum Abschluß per 31. Dezember 1956 21/216

Kontrollbericht

- Richtlinie über die Aufstellung und Einreichung des Kontrollberichtes zum Abschluß per 31. Dezember 1956 für Großhandelskontore und die kommunalen Großhandelsbetriebe 31/299
- Richtlinien für die Aufstellung und Einreichung der Finanzberichterstattung — Kontrollberichte — zum Abschluß per 31. Dezember 1956 für den staatlichen Einzelhandel 31/300

Kontrollinventuren

- Anweisung Nr. 33/56 — Kontrollinventuren in den HO-Gaststätten 21/211

Kreditkarten

- Anweisung Nr. 58/56 — Ausstellen von Kreditkarten für Einzelbauern 30/289

Kurorte

- Richtlinien über die Versorgung der Kurorte in der Wintersaison 1956/57 21/215

L**Lebensmittel**

- Behandlung von Lebensmitteln im Lebensmittelverkehr 30/295

Lieferbedingungen

- Anweisung Nr. 47/56 — Gestaltung der Kauf- und Lieferbedingungen zwischen den dem Ministerium für Handel und Versorgung nachgeordneten Großhandelskontoren für Industriewaren und dem staatlichen Einzelhandel (HO) 26/263

Lochkarten-Verfahren

- Anweisung Nr. 34/56 — Einführung des Lochkarten-Verfahrens für die Abrechnung der Warenbewegung 21/211
- Informationen über die Einführung des Lochkarten-Verfahrens für die Abrechnung der Warenbewegung 33/332

Lohnzahlungen

- siehe Prämien

xi

M**Markenwaren**

- Richtlinien über die Abrechnung des Verkaufs von Markenwaren 22/230
- Richtlinie über die vereinfachte abgaberechtliche Auswertung von Plus- und Minusdifferenzen an Markenwaren bei den Einrichtungen des VDK 23/241

Mehrkosten

- Anweisung Nr. 50/56 — Finanzierung der Mehrkosten infolge Aufhebung der Ortsklassen C und D ab 1. Oktober 1956 im staatlichen Groß- und Einzelhandel 27/269

Messen

- Zur Verordnung über den Schutz von Messen und Ausstellungen 21/220

Milch

- Anweisung Nr. 30/56 — Veränderung der Mengen und Preise für Zucker und Milch, die beim Ausschank von Kaffee als Beigabe verabreicht werden 21/212

Minusdifferenzen

- siehe Markenwaren

O**Ortsklassen**

- Anweisung Nr. 50/56 — Finanzierung der Mehrkosten infolge Aufhebung der Ortsklassen C und D ab 1. Oktober 1956 im staatlichen Groß- und Einzelhandel 27/269

P**Patisserien**

- Richtlinie über die Abrechnung der Patisserien in den Küchen der HO-Gaststätten .. 23/240

Planabrechnung

- Richtlinien zur Planabrechnung und Berichterstattung 1957 30/289

Polizeistundenverkürzungen

- Gebührenordnung für Tanzveranstaltungen und Genehmigung von Polizeistundenverkürzungen 21/216

Plus-Differenzen

- siehe Minusdifferenzen

Prämien

- Zur Verordnung über Prämienzahlung an das leitende kaufmännische Personal in den Betrieben des sozialistischen Groß- und Einzelhandels 21/215
- Anweisung Nr. 44/56 — Prämien 24/248
- Anweisung Nr. 46/56 — Lohn-, Gehalts- und Prämienzahlungen im Dezember 1956 25/255
- D-Fonds-Bildung und Prämienzahlung für das leitende kaufmännische Personal für das III. und IV. Quartal 1956 25/259
- siehe auch Quartalsprämien
- Ergänzung zur Mitteilung über die D-Fonds-Bildung und Prämienzahlung für das III. und IV. Quartal 1956 24/280
- Direktorfondsbildung und Quartalsprämienermittlung für das Jahr 1956 in den Betrieben des staatlichen Einzelhandels 31/310

XII

Preisdienst

- Erläuterung zur Preisbewilligung Nr. I/56 (Preise für handwerkliche Nebenleistungen) 22/233
- Preisbewilligung Nr. V/1956 — Kundendienst für sperrige bzw. schwerlastige Konsumgüter 23/239
- Sonderpreisdienst für
 1. Kakaoerzeugnisse aus der CSR
 2. Tischfertige Konserven
 3. Lederschuhe aus dem Konsumgüteraus-tausch mit der CSR
 4. China-Noppenteppiche
 5. China-Filetdecken
 6. Handtuchstoffe aus Polen 23/236
- Preisbewilligung Nr. I/V/56—5 für Lichthalter 24/249
- Preisbewilligung Nr. I/V/56—4 für Modelleisenbahn 24/250
- Preisbewilligung Nr. I/VII/56/51 für Fleischwolf 24/251
- Preisbewilligung Nr. I/VII/56/52 für Elmer 24/251
- Berichtigung dazu 28/279
- Preisbewilligung Nr. I/VII/56/53 für Gießkannen 24/251
- Preisbewilligung Nr. I/VII/56/54 — Preis-änderung für Schlittenstaubsauger „Jette“ .. 25/259
- Anweisung Nr. 51/56 — Preisbewilligung J 310 — 93/56 vom 2. Mai 1956 55% Aufschlag an Verbraucherabgabe bei Importverpackung 27/270
- Preisbewilligung Nr. I/VII/56/9 für PKW „Pobeda“ 28/279
- Preisbewilligung Nr. I/VII/56/60 für PKW „Moskwitsch“ Güteklasse II 28/279
- Ergänzung zum Sonderpreisdienst Textilien und Bekleidung Schlüssel-Nr. 4000 Teil III vom 31. Juli 1956 28/279
- Preisbewilligung Nr. I/VII/56/71 vom 22. November 1956 29/284
- Preisbewilligung Nr. I/VII/56/64 vom 9. November 1956 29/284
- Anweisung Nr. 56/56 — Einhaltung der Preisanordnung Nr. 154 über die Preisauszeichnung vom 15. Oktober 1948 30/288
- Preisanordnung Nr. 698 — Anordnung über die Abrundung von Pfennigbeträgen vom 4. Dezember 1956 — Die Preisanordnung ist als Sonderdruck I/56 erschienen und lag dem Heft 30/56 bei 30/—
- Preisbildung für Konfektion, hergestellt aus abgewerteter Meterware der Aktion I 31/313
- Preisdienst 3/56 33/330
- Auszug aus der Preisbewilligung Nr. I/VII/56/75 33/331
- Taschenkalender mit Ledereinband 33/332

Q**Quartalsprämien**

- Anweisung Nr. 38/56 — Anträge auf Quartalsprämien 22/229

R		Teilzahlungsverfahren	
Radios		— Monatlicher Nachweis des im Teilzahlungs-	
— Verteilung der Warenkataloge für Radios	23/245	geschäft getätigten Umsatzes	21/218
Reisekostenvergütungen		— Rahmen-Versicherungsvertrag für Teilzah-	
— Anweisung Nr. 63/56 — Reisekostenver-	33/330	lungen	21/219
gütungen für Einkaufshandlungen beim		— Anweisung Nr. 48/56 — Erweiterung des	
staatlichen Großhandel	33/330	Warenverzeichnisses für Teilzahlungs-	27/267
Reklamationen	21/220	— Anweisung Nr. 49/56 — Erläuterungen zum	
		Verkauf von Waren im Teilzahlungsverfah-	27/267
		ren — Ergänzung zur Anweisung Nr. 31/56	
		— Anweisung Nr. 52/56 — Verkauf von Waren	28/272
		im Teilzahlungsverfahren durch private Ein-	
		zelhändler, die Kommissionshändler des	
		volkseigenen Großhandels sind	30/288
		— Anweisung Nr. 57/56 — Erweiterung des	
		Warenverzeichnisses für Teilzahlungs-	32/325
		geschäfte	
		— Richtlinien zur Rückzahlung des Teilzah-	32/326
		lungsbetrages durch Direktüberweisung ..	
		— Umsatz- und Gewerbesteuer für Kreditauf-	33/345
		schläge aus Teilzahlungsgeschäften	
		— Behandlung von noch nicht durch die Spar-	
		kasse kreditierten Forderungen aus dem	
		Teilzahlungsgeschäft zum Monatsabschluß	
		Textilien	
		— siehe Preisdienst	
		Überstunden	
		— Vereinbarungen zwischen dem Ministerium	
		für Handel und Versorgung Berlin, dem	
		Verband Deutscher Konsumgenossenschaften	
		eGmbH Berlin und dem Zentralvorstand der	
		Gewerkschaft Handel Berlin über die Ge-	28/274
		nehmigung von Überstunden während des	
		Weihnachtsverkaufs 1956	
		Umbewertung	
		— siehe Festpreise	
		Verkaufszeiten	
		— Direktive über die Verkaufszeiten des	
		Einzelhandels an den Sonntagen vor Weih-	
		nachten, am 24. und 31. Dezember 1956 und	
		am 1. Januar 1957	23/242
		Versicherung	
		— Versicherung der Ausleihware	25/260
		Versicherungsvertrag	
		— siehe Teilzahlung	
		Verspritzung	
		— Änderung der Anweisung Nr. 30/56 — Ver-	
		spritzung von Abfallbonbon	28/273
		Vertragliche Beziehungen	
		— Anweisung Nr. 59/56 — Neugestaltung der	
		vertraglichen Beziehungen zwischen den	
		volkseigenen Groß- und Einzelhandels-	30/—
		betrieben — Beilage zu Heft 30/56	
		Verträge	
		— Behandlung nicht erfüllter Verträge am	
		Ende des Planzeitraumes	33/345
		Volkswirtschaftsplan	
		— Richtlinie zur Herausgabe des Volkswirt-	
		schaftsplanes 1957 — Planteil Warenumsatz,	
		Warenbereitstellung, Handelsnetz, Investi-	32/317
		tionen	
		Volleipulver	23/245

Verdruckwesen

- Formblätter zur Planabrechnung 1957 21/221
- Anträge für Druckgenehmigungen 24/254
- Vordruck: Gutachten für Speisekartoffeln 24/254

Einzelhandel

- Neufestsetzungen, Veränderungen, Kündigungen 21/221
22/233
25/261
30/297
- Kohlepapier für Kassenblöcke, Doppelseitiges 21/221
- Vordrucke für Teilzahlungsverfahren 22/233
- Betriebsplan 1957 28/280
- Vordrucke der Finanzberichterstattung 1957 30/297
- Betriebs-Paß Einzelhandel 30/297

Großhandel

- Neufestsetzungen, Veränderungen, Kündigungen 21/221
25/262
30/298
- Standardvordrucke für die Maschinenbuchhaltung der GHK 25/261
30/298
33/345
- Betriebs-Paß Großhandel 30/298

W**Warenauslieferung**

- Berichterstattung der Warenauslieferung an die Verkaufsstellen der HO-Betriebe — ohne HO-Vertriebe und HO-Warenhäuser — 30/298

Warenbewegung

- Anweisung Nr. 34/56 — Einführung des Lochkarten-Verfahrens für die Abrechnung der Warenbewegung 21/211

Warenbewegung

- Monatliche Warenbewegungsmeldung des staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandels und der Mitropa 33/339

Warenkataloge

- Verteilung der Warenkataloge für Radios und Fernmeldetechnik 23/245

Weihnachtsverkauf

- siehe Überstunden

Werbeverkaufsveranstaltungen

- Werbeverkaufsveranstaltungen des Großhandels 25/260

Werkkitchensatz

- Abrechnung des Werkkitchensatzes auf Formblatt KALV 2 21/215

Wurstzipfel

- Gemeinsame Anweisung über die Verrechnung von Wurstzipfeln 21/214

Z**Zinssätze**

- Neue Zinssätze für Kredite laut Warenfinanzierungsplan Saisonkredite und Kredite für Verrechnungsdokumente ab 1. November 1956 29/284

Zucker

- Anweisung Nr. 36/56 — Veränderung der Mengen und Preise für Zucker und Milch, die beim Ausschank von Kaffee als Beigabe verabreicht werden.
- Nachbelastung für Zucker beim Ausschank von Kaffee 21/215

Zündholzschachteln

- HO-Etiketten für Zündholzschachteln 25/259

VERFÜGUNGEN UND MITTEILUNGEN

25X1

des Ministeriums für Handel und Versorgung

1957

Berlin, den 16. Februar 1957

Nr. 7

ANWEISUNGEN

— 5552 —

Berlin, den 22. Januar 1957

Anweisung Nr. 9/57

Sachwertlotterie des DFD

Anlässlich des 10. Jahrestages des DFD führt der Bundesvorstand des DFD vom 15. Februar 1957 bis 15. März 1957 eine Sachwertlotterie durch. Die Gewinnscheine werden in der Zeit vom 15. Februar 1957 bis 15. April 1957 in den Verkaufsstellen des staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandels und den Warenhäusern eingelöst.

Die Lose für die Buchgewinne schickt der Gewinner (portofrei) bis zum 15. April 1957 an die Versandbuchhandlung Leipzig C 1, Postfach 270.

Die Sachgewinne sind:

	im Werte von:
Wohnzimmereinrichtung	4152,— DM
Musiktruhe	1350,— DM
Kühlschrank	840,— DM
Peizmantel	750,— DM
Kombi-Waschmaschine	730,— DM
Koffer-Nähmaschinen	375,— DM
Damen-Fahrräder	350,— DM
Staubsauger „Jette“	280,— DM
Elegante Nachmittagskleider	175,— DM
Morgenröcke oder Bademäntel	80,— DM
Operngläser mit Etui	65,— DM
Spitzenblusen	60,— DM
Tafeltücher mit Servietten	60,— DM
Perlon-Garnituren, dreiteilig	80,— DM
Schnellkochtöpfe	80,— DM
Perlon-Nachthemden	74,— DM
Tischdecken	25,— DM
Kunstlederkoffer	25,— DM
College- und Handtaschen	18,— DM
Garnituren, zweiteilig	12,— DM
Perlonstrümpfe	10,— DM
Taschentücher	3,— DM
Kosmetikartikel	3,— DM
Zigaretten	1,— DM

Beschreibung des Loses:

Sachwertlotterie

10

Jahre DFD

Dieses Los gewinnt:

Die Gewinne sind bis spätestens 15. April 1957 in einer Verkaufsstelle des Konsums oder der HO einzulösen. Lose über Buchgewinne bitte portofrei bis 15. April 1957 an die Versandbuchhandlung Leipzig C 1, Postfach 270, einschicken.

Los-Nr. 0 000 000

Diesen Schein hat die Verkaufsstelle ihrem Kreditinstitut einzureichen. Der Betrag geht zu Lasten des Kontos bei der Deutschen Notenbank, Berlin, Konto-Nr. 8799.

Der vom Gewinner vorgelegte und vereinnahmte Gewinnlosschein gilt in Höhe des aufgedruckten Gewinnwertes bei der Einnahme der Verkaufsstellen als Wertscheck und wird auch weiter als Scheck bei der Erlösabführung bei den Kassen der Deutschen Notenbank behandelt und von dieser in Zahlung genommen. Die Deutsche Notenbank Berlin hat ihren Niederlassungen folgenden Hinweis gegeben:

„Die die Gewinnscheine einlösenden Stellen müssen die Gewinnscheine mit ihrem Firmenstempel versehen und sie täglich bei der Erlösabführung dem kontoführenden Kreditinstitut mit Scheckeinlieferung (Vordruck E 1) einreichen.“

Sofern die Verkaufsstellen die Erlöse nicht bei der DN, sondern bei der Sparkasse, BHG oder bei der Post abliefern, sind die Gewinnscheine an die planende Einheit zu geben, die die Gewinnscheine an die kontoführende Niederlassung der Deutschen Notenbank weiterleitet.

Die Gewinnscheine werden von den Verkaufsstellen bis zum 15. April 1957 eingelöst.

Letzter Annahmetag bei den Niederlassungen der Deutschen Notenbank ist der 25. April 1957.

Werden nach diesem Termin noch Gewinnscheine vorgelegt, so sind die Einreicher an den Bundesvorstand des DFD, Berlin NW 7, Clara-Zetkin-Str. 16, zu verweisen.“

Die Leitungen der sozialistischen Handelsbetriebe werden verpflichtet, ihre Verkaufsstellen sofort zu informieren.

Diese Anweisung wird im Einvernehmen mit dem Verband Deutscher Konsumgenossenschaften erlassen.

Wach

Minister

— Verfg. u. Mittlg. —

Mtm. f. H. u. V.

Heft 7/57 —

— 3200 —

Berlin, den 8. Februar 1957

Anweisung Nr. 10/57

Aufbewahrung, Ausgabe und Kontrolle der Verkaufsanweisungen

Durch ungenügende Kontrolle war es möglich, Verkaufsanweisungen in betrügerischer Weise zu verwenden. Es besteht daher Veranlassung, die Ausgabe und Kontrolle der Verkaufsanweisungen einheitlich zu regeln. Es wird daher angewiesen:

I. Aufbewahrung und Ausgabe

1. Für die sichere Aufbewahrung der Verkaufsanweisungen (und der Bezugsnachweis-Blocks) ist der Kartenstellenleiter verantwortlich.

55

2. Die Ausgabe an die zum Ausschreiben berechtigten Mitarbeiter erfolgt durch den Kartenstellenleiter gegen Quittung (Anzahl der Blocks und Blattnummern).

II. Ausschreiben der Verkaufsanweisungen

1. Zur Ausstellung der Verkaufsanweisungen sind berechtigt:

- Sachbearbeiter für Gemeinschaftsverpflegung,
- Kartenstellenleiter.

Die Verkaufsanweisungen müssen von dem zuständigen Bearbeiter und dem Abteilungsleiter bzw. dessen Stellvertreter unterschrieben werden.

2. Die Verkaufsanweisungen sind nur gültig, wenn sie vollständig ausgefüllt sind und der Empfänger klar ersichtlich ist.
3. Der Empfänger hat den Empfang der ausgestellten Verkaufsanweisung zu quittieren.

III. Belieferung durch den Einzelhandel

Eine Auslieferung von Ware ohne Verkaufsanweisung (bzw. Bezugsnachweisblock mit Vollmacht) darf nicht erfolgen. Unvollständig ausgefüllte Verkaufsanweisungen sind nicht zu beliefern (z. B. ohne Angabe des Empfängers).

IV. Abrechnung der Verkaufsanweisungen

1. Monatlich ist durch das Sachgebiet Markenrücklauf mit dem Sachgebiet Gemeinschaftsverpflegung eine Abstimmung der abgerechneten Verkaufsanweisungen vorzunehmen. Die Grundlage der Abstimmung ist die bei der Abt. Handel und Versorgung verbleibende Kopie der Verkaufsanweisungen bzw. die Nachweisliste. Die Abstimmung hat sich auf die Anzahl (Blatt-Nr.) der Verkaufsanweisungen sowie auf die abgerechnete Menge zu erstrecken.

2. Nach der Abstimmung ist ein Protokoll anzufertigen, in dem die richtige Abrechnung bestätigt wird. Dabei sind die Blatt-Nummern der Verkaufsanweisungen aufzuführen. Soweit Unstimmigkeiten bestehen, sind diese schnellstens zu klären.

Das Protokoll muß die Unterschriften beider Sachgebietsleiter tragen und ist durch den Abteilungsleiter gegenzuzeichnen. Der Sachgebietsleiter für Gemeinschaftsverpflegung legt es bei den Quittungen über die ausgegebenen Verkaufsanweisungen ab.

Wach
Minister

— Verfg. u. Mittlg. Min. f. H. u. V. Heft 7/57 —

— 4913 — Berlin, den 1. Februar 1957

Anweisung Nr. 11/57

Zusammenfassung und Einreichung der monatlichen Finanzberichterstattung des GHK für Lebensmittel im I/57

Auf Grund der Unterstellung der Spezialhandelsbetriebe für Obst und Gemüse und der Großhandelskontore für Lebensmittel unter die Räte der Bezirke, Abt. Handel und Versorgung, ab 1. April 1957 macht sich eine Übergangsregelung für das I/57 hinsichtlich der monatlichen Finanzberichterstattung für die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel erforderlich.

In Übereinstimmung mit dem Ministerium der Finanzen wird daher folgendes angewiesen:

- Die Niederlassungen des GHK für Lebensmittel geben im Gegensatz zum bisher festgelegten Verteiler ein Exemplar des monatlichen Finanzberichts bis zum 8. Werktag des folgenden Monats an den Rat des Bezirks, Abt. Handel und Versorgung, und nicht mehr an die Verwaltung der NL des GHK für Lebensmittel.

56

2. Der Rat des Bezirks, Abt. Handel und Versorgung, faßt die monatlichen Finanzberichte der NL des GHK für Lebensmittel in voller Nomenklatur zusammen und reicht sie bis zum 14. Werktag des folgenden Monats an nachstehend aufgeführte Stellen ein:

- an das Ministerium für Handel und Versorgung, Hauptbuchhalter Großhandel,
- an das Ministerium der Finanzen, HA Finanzierung des volkseigenen Handels und Verkehrs,
- an den Rat des Bezirks, Abt. Finanzen,
- an die Bezirksfiliale der Deutschen Notenbank,
- an die Plankommission des Rates des Bezirks,
- an die Bezirksstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik.

Ab 1. April 1957 gilt für die Aufstellung, Zusammenfassung und Weiterleitung der Finanzberichte des GHK für Lebensmittel die Anordnung über die Finanzberichterstattung der örtlichen volkseigenen Wirtschaft.

Wach
Minister

— Verfg. u. Mittlg. Min. f. H. u. V. Heft 7/57 —

— 4610 — Berlin, den 8. Februar 1957

Anweisung Nr. 12/57

über die Durchführung des Importleithandels mit Nahrungsgütern — Pflanzliche Erzeugnisse —

Auf der Grundlage der Anordnung vom 25. Januar 1957 über die Veränderung der Erfassung, des Aufkaufs und des Großhandels mit Obst und Gemüse (GBl. I S. 60) wird für die Abwicklung des Importleithandels folgendes angewiesen:

I.

- Mit Wirkung vom 1. April 1957 wird mit dem Sitz Berlin das

„Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel“

gebildet.

- Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel übernimmt vom Tage seiner Bildung ab die Tätigkeit der Niederlassung Importleithandel des Großhandelskontors für Lebensmittel und ist deren Rechtsnachfolger.

Die Niederlassung Importleithandel des Großhandelskontors für Lebensmittel ist mit ihren Außenstellen zum 31. März 1957 aufzulösen.

II.

- Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel ist ein volkseigener Betrieb im Sinne des § 1 der Verordnung vom 20. März 1952 über Maßnahmen zur Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft (GBl. S. 222) und damit juristische Person und Rechtsträger des ihm übertragenen Volkseigentums.

- Es untersteht der unmittelbaren Aufsicht, Anleitung und Kontrolle des Ministeriums für Handel und Versorgung.

III.

- Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel ist für die Abnahme der Importeinfänge an der Grenze und für deren planmäßige Weiterleitung an die Organe des Platzgroßhandels und an die Industriebetriebe in den Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor von Groß-Berlin verantwortlich.

- Es schließt in eigener Verantwortung auf der Grundlage des Importplanes Einfuhrbestellungen mit dem Deutschen Innen- und Außenhandel —

Nahrung — ab, deren Inhalt und Form durch die Verordnung vom 11. September 1952 über das Einfuhrverfahren für den Außenhandel und Innerdeutschen Handel (GBL I S. 851) geregelt wird. Ausgehend von den Forderungen des Binnenhandels, nimmt es auf die Arbeit der Außenhandelsorgane Einfluß hinsichtlich der Liefertermine, der Sortimente und Qualitäten.

Gleichzeitig schließt das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel auf der Grundlage der den Organen des Platzgroßhandels und den Betrieben der weiterverarbeitenden Industrie zur Verfügung stehenden Warenbereitstellungs- bzw. Rohstoffpläne Kauf- und Lieferungsverträge ab. Für den Inhalt und die Form dieser Verträge ist die Verordnung vom 6. Dezember 1951 über die Einführung des Allgemeinen Vertragssystems für Warenlieferungen in der volkswirtschaftlichen und ihr gleichgestellten Wirtschaft verbindlich.

3. Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel führt seine Tätigkeit mit folgenden Warenarten durch:

11 300—600	Frischgemüse
11 700	Frischobst
11 800	Südfrüchte, Nüsse, Weintrauben
12 100	Weizen- und Roggenmehl
12 200	Nährmittel einschließlich Reis
12 300	Teigwaren
12 420—480	Stärkeerzeugnisse (verbrauchsfertig)
12 800	Dauerbackwaren
13 210	Kakaoerzeugnisse
13 220	Zuckerwaren
13 300	Kakao- und Schokoladenpulver
13 400	Kunsthonig und Sirup (verbrauchs-
	fertig)
13 700	Marmeladen und Konfitüren (ver-
	brauchsfertig)
16 110	Obstkonserven
16 110	Gemüsekonserven
16 151	Gefrierobst
16 153	Trockenobst (nur Aprikosen, Pflaumen
	und Ringäpfel)
16 155	kandierte Früchte
16 164	Gefriergemüse
16 200	Süßmoste, Fruchtsäfte und Fruchtsirup
	(verbrauchsfertig)
9 280	Weihnachtsbäume

Diese Nomenklatur kann im Bedarfsfalle in Abstimmung mit dem Ministerium für Lebensmittelindustrie erweitert werden.

4. Für die Arbeit des Großhandelskontors für Obst- und Gemüseleithandel gelten folgende Grundsätze:

a) Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel hat die eingehenden Importwaren von den Grenzübergangsstellen auf dem kürzesten Wege ohne Zwischenlagerung zu den Organen des Platzgroßhandels zu disponieren.

Erreicht ein Partner je Liefertermin das Waggonvolumen, so sind Direktdispositionen zu treffen. Erfordert die Versorgungssituation eine breite Streuung der Waren bzw. gestattet die Planmenge eines Partners den direkten Waggonbezug nicht, so hat das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel durch vertraglich verpflichtete Großhandelsbetriebe die Aufteilung und Streuung von Waggons durchführen zu lassen.

b) Mit den Großhandelskontoren in den Bezirkshauptstädten sind Dienstleistungsverträge entsprechend dem beigefügten Muster abzuschließen. Diese Organe übernehmen als Erfüllungsgehilfen des Großhandelskontors für Obst- und Gemüseleithandel die bisher von den Außenstellen der Niederlassung Importleithandel durchgeführten Aufgaben. Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel tritt

jedoch das Eigentumsrecht an der Ware nicht an die Erfüllungsgehilfen ab, auch wenn im Interesse einer breiten Streuung die Ware in deren Lagern entgegengenommen, sortimentiert und expediert wird.

c) Um den Transportweg bei notwendig werdender Streuung der Waren zu verkürzen, sind die Erfüllungsgehilfen in den Bezirkshauptstädten berechtigt, ihrerseits mit anderen Großhandelskontoren im Bezirk Vereinbarungen abzuschließen, durch welche diese gegen Kostenerstattung nach den Weisungen des Erfüllungsgehilfen Waggons für mehrere, konkret festzulegende Kreise entgegennehmen und aufteilen.

d) Werden durch die Erfüllungsgehilfen des Großhandelskontors für Obst- und Gemüseleithandel Waggonsendungen aufgeteilt, so sind die Teilmengen unsortiert zum Neugewicht abzüglich der laut DWA-Zertifikat bestehenden Wertminderungen unter Inanspruchnahme von 4% Gewichtstoleranz an die Abnehmer weiterzuberechnen.

Die Abnehmer gleichen mit den ihnen zustehenden 4% Qualitätstoleranz alle Wertminderungen entsprechend der im GBL I Nr. 86, S. 786, getroffenen Festlegungen aus.

IV.

1. Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel finanziert die eingehenden Importwaren für die Zeitspanne zwischen dem Grenzübergang und Abnahme durch den Großhandel. Es fakturiert, haftet im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen seinen Abnehmern gegenüber für aufkommende Reklamationen und macht notwendigenfalls seinen Lieferanten, dem Deutschen Innen- und Außenhandel — Nahrung —, gegenüber Reklamationansprüche geltend.

2. Die Lagerung von Übergangsbeständen und operativen Reserven führen bei Importwaren in der Regel die Organe des Platzgroßhandels durch. Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel lagert und finanziert Übergangsbestände und operative Reserven nur dann, wenn der Charakter der Ware eine spezielle Lagerbehandlung (z. B. Walnüsse in Kühlräumen) fordert.

V.

1. Die Organe des Verbandes Deutscher Konsumgenossenschaften schließen ihre Verträge über Frischobst, -gemüse und Südfrüchte gemäß GBL I Nr. 86, vom 7. September 1956 grundsätzlich mit den örtlich zuständigen Organen des Platzgroßhandels ab. Die Belieferung erfolgt beim Erreichen des Waggonvolumens durch Direktsendungen. Die Rechnungslegung ist aber generell über den zuständigen Platzgroßhandel vorzunehmen.

Bei den übrigen Sortimenten haben die Organe des VDK das Recht, Direktverträge mit dem Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel zu binden, wenn sie je Liefertermin das Waggonvolumen erreichen.

2. Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel gibt die teilweise noch in eigener Regie bzw. auf der Basis von Lohnverträgen durchgeführte Bananenreife an die Organe des Platzgroßhandels ab, in deren Bereich die Reiferäume liegen. Mit den in Frage kommenden Organen des Platzgroßhandels werden vom Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel unmittelbar Verträge über die Lieferung von grünen Bananen abgeschlossen. Die Organe des Platzgroßhandels ihrerseits schließen zur Aushieferung der Bananen Verträge mit den Großhandelskontoren ab, die ihnen vom zuständigen Rat des Bezirkes — Abt. Handel und Versorgung — zugewiesen werden.

VI.

Das Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel berechnet den Organen des Platzgroßhandels für seine Leistungen beim Bewegen der Waren (Disposition, Finanzierung und Streuung) 1 % vom Wert nach der TVO als Leithandelsspanne zuzüglich der bei den einzelnen Warenarten festgelegten Frachtpauschalen.

Bei Lieferungen an die weiterverarbeitende Industrie und an den Kommunalen Großhandelsbetrieb Berlin wird eine Leithandelsspanne von 0,35 % des Warenwertes in Anspruch genommen. Die bei der Industriebelieferung anfallenden Transportkosten werden in effektiver Höhe berechnet.

Wach
Minister

Anlage
zur Anweisung Nr. 12/57 über die Durchführung des
Importleithandels mit Nahrungsgütern — Pflanzliche
Erzeugnisse —

Muster

Dienstleistungsvertrag

Zwischen dem Großhandelskontor für Obst- und Gemüseleithandel (Auftraggeber)

vertreten durch

und dem Großhandelskontor für
(Auftragnehmer)

vertreten durch

wird folgender Vertrag geschlossen:

§ 1

Der Auftragnehmer führt im Namen und für Rechnung des Auftraggebers im Bezirk ihm vom Auftraggeber übertragene Aufgaben gegen Zahlung der im § 6 dieses Vertrages geregelten Vergütung aus.

§ 2

(1) Folgende Aufgaben sind vom Auftragnehmer im Auftrag des Auftraggebers durchzuführen:

1. Abstimmung der Plannengen auf der Grundlage des vom Auftraggeber überreichten Importplanes beim Rat des Bezirkes und Beschaffung der Kreisanteile.
2. Abschluß der Lieferverträge über Importwaren mit sozialistischen Platzgroßhandelsbetrieben und der weiterverarbeitenden Industrie des Bezirkes auf der Grundlage des Importplanes, der Bestimmungen des Vertragssystems sowie zentraler Vereinbarungen und Weisungen des Auftraggebers.
3. Aufstellen von Dispositionslisten entsprechend den abgeschlossenen Lieferverträgen unter besonderer Berücksichtigung vorhandener versorgungspolitischer Schwerpunkte und einer breiten, bedarfsgerechten Streuung. Die Dispositionslisten haben neben Menge und Termin die Angabe der Empfänger mit genauen Versandanschriften, Bank-, Telefon- und Fernschreibverbindungen zu enthalten.
4. Übersenden der abgeschlossenen Lieferverträge und aufgestellten Dispositionslisten an den Auftraggeber.
5. Entgegennahme von Streuwaggon und Veranlassung ihrer amtlichen Begutachtung und Verwiegung (pro Waggon).
6. Aufteilung, evtl. Sortimentierung der Lieferung im Lager und Auslieferung an den Platzgroßhandel entsprechend den abgeschlossenen Verträgen und den für die einzelnen Waren laut Preisbestimmungen gültigen Lieferkonditionen. Der Auftragnehmer hat durch eine breite Streuung der Importwaren die handelspolitisch richtige Versorgung seines Bezirkes zu sichern. Evtl. notwendig werdende Veränderungen der ursprünglichen Dispositionslisten sind dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.
7. Rechnungslegung an die Abnehmer von Lieferungen aus Streuwaggon auf der Grundlage der Frachtbriele, des Warenkontrollscheines der DWA und der Preismitteilungen des Auftraggebers innerhalb der gesetzlichen Frist. Die Rechnungslegung erfolgt auf Rechnungsfomularen des Auftraggebers.

8. Einlegen von Einsprüchen gegenüber den DWA-Zertifikaten, sofern der Prozentsatz der Wertminderung bei Waggoneneingang mehr als 20 % über dem im DWA-Zertifikat festgelegten Minderungssatz liegt.

Die Rechnungslegung erfolgt in solchen Fällen auf der Grundlage der im Zertifikat enthaltenen Sätze. Der Abnehmer ist zu unterrichten, daß der Einspruch durch den Auftraggeber erhoben ist und daß die Gutschriftserteilung nachträglich erfolgt.

9. Ausfertigen und Absenden der Waggonabrechnung innerhalb von zwei Tagen nach beendeter Streuung an den Auftraggeber. Sofern der Auftragnehmer mit anderen Großhandelskontoren Vereinbarungen abschließt, durch welche diese den Auftrag der Waggonaufteilung für mehrere Kreise übernehmen, verlängert sich die Abrechnungsfrist um einen Tag.
10. Führen einer Realisierungskartei zur Kontrolle der mit den einzelnen Vertragspartnern abgeschlossenen Verträge. Bearbeitung des sich aus diesen Verträgen ergebenden Schriftverkehrs und der Verhandlungen.
11. Bearbeiten der vom Platzgroßhandel berechneten Vertragsstrafen und Vertretung des Auftraggebers in Vertragsschiedsverfahren. Kopien bzw. Abschriften der Vertragsstrafenberechnungen, Einspruchsschreiben und die Urteile des Vertragsgerichtes sind dem Auftraggeber zu übersenden.

(2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber oder dessen Beauftragten jederzeit Auskunft und Rechenschaft über die Erfüllung seines Auftrages und entsprechende Kontrollmöglichkeiten zu geben. Er darf in Ausübung seines Auftrages nur die ihm von dem Auftraggeber gegebenen Vordrucke verwenden.

§ 3

(1) Der Auftragnehmer hat zu gewährleisten, daß die Versorgung des eigenen Großhandelsbetriebes nicht der ordnungsgemäßen Belieferung der anderen Großhandelsbetriebe des Bezirkes und den Interessen des Auftraggebers entgegensteht.

§ 4

(1) Der Auftragnehmer hat zu gewährleisten, daß eingegangene Importwaren unverzüglich ausgeliefert werden. Wertminderungen oder Verluste, die durch unsachgemäße Behandlung von Importwaren eintreten, sowie Umschlags- und Lagerungskosten gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

(2) Ergeben sich bei dem Umschlag von Importwaren mit Vertragspartnern Schwierigkeiten, so hat der Auftragnehmer sofort den Rat des Bezirkes zu unterrichten und dessen Entscheidung einzuholen. Der Auftraggeber ist sofort zu informieren, wenn von den Staatsorganen des Bezirkes keine Entscheidung getroffen wird. Er entscheidet dann selbst, was mit der Ware zu geschehen hat.

(3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, jeweils zum 28. des Monats eine Marktanalyse auszuarbeiten. Der Auftraggeber übermittelt dazu Schwerpunkte, die in den Berichten besonders zu behandeln sind. Der Auftragnehmer hat monatlich eine Inventur des dem Auftraggeber gehörenden Warenbestandes durchzuführen.

§ 5

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dem Auftragnehmer

1. den Importplan und die Vertragsabschlüsse mit dem DIA-Nahrung (Liefertermin und Sortiment) jeweils bis zum bekanntzugeben;
2. die an die Grenzübergangsstellen gegebenen Dispositionen sofort mitzuteilen;
3. je eine Durchschrift der Rechnung für Direktwaggon innerhalb von Tagen nach Grenzübergang des Waggon zu übersenden;
4. Informationsberichte über Veränderungen hinsichtlich Qualität, Sortiment, Preise, Liefertermin, Verpackung, anhängig gemachte Vertragsverfahren gegen DIA und sonstige Vertragsänderungen zu geben.

(2) Der Auftraggeber hat den Auftragnehmer über die jeweils gültigen Preise und die Art und Weise der Rechnungslegung zu unterrichten.

(3) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer die für ihn geltenden Bestimmungen bekanntzugeben und ihn bei der Erfüllung seines Auftrages anzuleiten und weitgehend zu unterstützen.

§ 6

(1) Für die Durchführung der in diesem Vertrag festgelegten Aufgaben erhält der Auftragnehmer (bei voller eigener Planung der Löhne und Gehälter, der Ausgangsfrachten sowie der übrigen Kosten) vom Auftraggeber

- a) für jeden abgefertigten Streuwaggon eine Importleithandelsgebühr in Höhe von 1 % vom Warenwert,

b) eine Frachtpauschale von DM , je t gestreuter Ware

als Vergütung.

(2) Die Abrechnung und Überweisung dieser Vergütung erfolgt monatlich jeweils zum 8. des folgenden Monats.

§ 7

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die ihm vom Auftraggeber gemachten Mitteilungen geschäftlicher Natur vertraulich zu behandeln, sofern nicht eine andere Weisung des Auftraggebers vorliegt.

§ 8

Der Auftragnehmer hat die aus diesem Vertrag sich für ihn ergebenden Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen und Dritte, die bei der Erfüllung des Auftrages mitwirken, anzuleiten und zu kontrollieren. Er hat alles zu unternehmen, was im Einzelfall den Eintritt eines Schadens für den Auftraggeber abwenden kann. Das gilt auch für Vertragsschiedsverfahren. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber entstandene Schäden zu ersetzen, soweit er nicht nachweisen kann, daß er sie nicht abwenden oder mindern konnte.

§ 9

Das Vertragsverhältnis beginnt am 1. April 1957.

§ 10

Für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist das Staatliche Vertragsgericht im Bezirk . . . örtlich und sachlich zuständig, soweit sich nicht aus den gesetzlichen Bestimmungen etwas anderes ergibt.

§ 11

Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Mündliche Vereinbarungen sind nicht verbindlich.

§ 12

Dieser Vertrag wird in drei gleichlautenden Ausfertigungen ausgestellt, von denen je eine der Auftraggeber, der Auftragnehmer und der Rat des Bezirkes — Abt. Handel und Versorgung — erhalten.

(Ort) den

(Auftragnehmer) (Auftraggeber)
— Verf. u. Mittlg. Min. f. H. u. V. Heft 7/57 —

— 3200 —

Berlin, den 7. Februar 1957

Anweisung Nr. 13/57

Monatliche Belastungslisten

1. Für das Jahr 1957 können die Abt. Handel und Versorgung der Räte der Kreise Belastungslisten von folgenden Großhandelsorganen anfordern:

- Fleischerhandwerksgenossenschaft bzw. Schlachthöfe,
- Konsum-Zentrallager,
- Kommunaler Großhandel,
- Privater Großhandel.

Die Belastungsliste ist vom Ministerium für Handel und Versorgung am 4. Februar 1957 genehmigt und unter der Nr. 260 37 registriert worden, befristet bis zum 10. Januar 1958.

2. Die Kontrolle der Wareneingänge an rationierten Waren in den Abrechnungen des Einzelhandels, die vom GHK für Lebensmittel erfolgen, wird wie im Jahre 1956 mit Hilfe der Rechnungsdurchschriften vorgenommen.

3. Das Ministerium für Lebensmittelindustrie hat der Weiterführung der Belastungslisten durch die Molkereien für das Jahr 1957 nicht zugestimmt, da die Molkereien bereits mit statistischen Arbeiten überhäuft sind.

Aus diesem Grund müssen auch Lieferungen der Molkereien mit Hilfe der Rechnungen kontrolliert werden.

Soweit auf örtlicher Ebene gesonderte Vereinbarungen getroffen werden, muß dazu die Genehmigung des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes bzw. des Kreises eingeholt werden (Verordnung über das Berichtswesen in der DDR vom 20. Juli 1956, GBl. I Nr. 66/56).

Wach

Minister

— Verf. u. Mittlg. Min. f. H. u. V. Heft 7/57 —

PREISDIENST

— 3680 —

Berlin, den 9. Februar 1957

Zur Gemeinsamen Anweisung über die Durchführung von Bestandsaufnahmen im volkseigenen Groß- und Einzelhandel und Umbewertung der Waren, für die per 1. Januar 1957 Festpreise eingeführt werden

(Verfügungen und Mitteilungen Nr. 32/56 S. 315)

Wiederholte Hinweise seitens des Ministeriums der Finanzen und Abteilungen Finanzen der Räte der Bezirke machen es erforderlich, darauf hinzuweisen, daß die in der obengenannten gemeinsamen Anweisung enthaltenen Termine für die Beendigung der Umbewertungen einzuhalten sind.

Um ein unterschiedliches Preisniveau durch eine zu schleppende Umbewertung zu verhindern, sind durch die staatlichen Handelsbetriebe sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um die durch die Preisanordnungen neu geregelten Einzelhandelsverkaufspreise sofort in Kraft treten zu lassen.

— Verf. u. Mittlg. Min. f. H. u. V. Heft 7/57 —

— 3685 —

Berlin, den 7. Februar 1957

Ergänzung zur Preisbewilligung Nr. III/56

(Verfügungen und Mitteilungen Nr. 13/56 vom 15. Juli 1956)

Betr.: Gebühren für den Ausleihdienst

Da sich durch die Praxis eine größere Differenzierung der Ausleihgebühren für folgende bereits in der Nomenklatur der Ausleihgegenstände enthaltenen Waren erforderlich machte, bitten wir die o. g. Preisbewilligung entsprechend zu ergänzen.

Artikel	Ø EVP in DM	Ausleihgebühren pro Tag je Stunde
1. Luftmatratze	80,—	1,— 0,30
2. Höhensonne	200,—	1,— 0,30
3. Staubsauger, groß	250,—	4,— 1,00
Staubsauger, klein	130,—	2,50 0,50
4. 2-Mann-Zelt	300,—	2,—
3-Mann-Zelt	300,—	2,50
4-Mann-Zelt	300,—	3,—
Zeltbahnen	35,—	0,50
5. Handwagen	50,—	0,50 0,20

— Verf. u. Mittlg. Min. f. H. u. V. Heft 7/57 —

— 3680 —

Berlin, den 2. Februar 1957

Preisbewilligung Nr. I/VII/57/24

für Deckenventilatoren zwei- und dreiarmlig, Type „Windhexe“, mit mechanischer Einrichtung zur Verwendung als Beleuchtungskörper,

Herstellerwerk: VEB Elektromotorenwerk Dessau

a) zweiarmlig EVP 286,00 DM
EHS 47,48 DM
GAP 238,52 DM
GHS 31,17 DM
IAP 207,35 DM

b) dreiarmlig EVP 206,00 DM
EHS 34,20 DM
GAP 171,80 DM
GHS 22,45 DM
IAP 149,35 DM

— Verf. u. Mittlg. Min. f. H. u. V. Heft 7/57 —

— 3660 —

Berlin, den 9. Februar 1957

Preisdienst für Haushaltsporzellan, Besen, Bürsten und Pinsel

Berichtigungen und Ergänzungen der „Listen der Handelsspannen für Erzeugnisse, in deren Preisen Verbrauchsabgaben enthalten sind und für die die Produktionsabgabe eingeführt wird“ (Industriewaren der Gruppe 51 und 52 sowie der Gruppe 54) des Ministeriums für Handel und Versorgung und des Ministeriums der Finanzen; hier:

- A) Haushaltsporzellan
B) Besen, Bürsten und Pinsel

A) In gemeinsamer Abstimmung mit dem Ministerium für Leichtindustrie — HV Feinkeramik —, dem Ministerium der Finanzen — HA Staatseinnahmen — und dem Ministerium für Handel und Versorgung sind o. g. Listen (DIN A 5 in chamois) gemäß den „Listen der Verbrauchsabgabensätze und Handelsspannen vom 15. Oktober 1954 für verbrauchsabgabepflichtige Erzeugnisse“ die Warenarten der

Warengruppe 51 hinsichtlich Haushaltsporzellan

neu zusammengestellt worden. Die Artikel-Nummern wurden verdichtet.

Die Definitionen der Golddekore sind klarer formuliert worden. Die Sätze der Verbrauchsabgaben und Handelsspannen blieben unverändert. Gleichzeitig erfolgte die zusammengefaßte Ergänzung der vorstehend genannten Listen.

Diese Neuregelung tritt am 1. Februar 1957 in Kraft.

Für den Fall der Fertigung von Porzellanerzeugnissen mit Silberdekor ist auf Antrag der Herstellerbetriebe die Verbrauchsabgabe vom Ministerium der Finanzen — HA Staatseinnahmen — im Einvernehmen mit dem Ministerium für Handel und Versorgung — HA-Preise — jeweils neu festzulegen.

Nummer des Allgemeinen Warenverzeichnisses	Warenart	Art.-Nr. der Schlüssel-liste 1957	GHS in % vom HAP	EHS in % vom HAP	GHS in % vom IAP	EHS in % vom IAP	VA in % vom HAP	Großhandels-index (HAP + GHS + VA mit MUST)	Einzelhandels-index (HAP + GHS + VA mit MUST)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	Keramik Glas- und Porzellanwaren, Kacheln, Keramik für den Haushaltsbedarf, Fensterglas *)	6210							
51 61 10	Tafelservice, Dejeuners,								
51 61 20	Kaffee- und Teeservice,								
51 61 30	Hotelgeschirr, sonstiges								
51 61 40	Haushaltsporzellan und								
51 61 50	Spielwaren aus Porzellan								
51 61 60	als Weißporzellan (weiß,								
51 61 70	elfenbein oder kobalt un-								
51 61 80	dekoriert) bzw. als Porzel-								
51 62 00	lan, dekoriert (einschließ-								
51 64 10	lich Craquelée) ohne Gold-								
	oder Silberdekor	6211—111	20,0	32,0	20,0	32,0	0	120	152
	*) sämtlich außer von der Staatl. Porzellanmanufaktur „Meißen“								
	außer:								
	mit Glanzgolddekor (einschließlich zitronengold, grüngold u. a.)	6211—211	20,4	32,6	19,07	30,47	7	127,4	160
	mit Pollergolddekor oder mit Glanzgolddekor auf Spritz- und Fonddekor oder auf Kobalt	6211—311	20,4	32,6	17,44	27,86	17	137,4	170
	mit Pollergolddekor auf Spritz- und Fonddekor oder auf Kobalt oder mit echtem Ätsgolddekor	6211—411	20,4	32,6	16,06	25,67	27	147,4	180
	*)								
51 63 40	Schalen, Vasen und								
51 63 50	Dosen aus Porzellan als								
51 63 60	Weißporzellan (weiß, elfenbein oder kobalt undekoriert) bzw. als Porzellan, dekoriert (einschließlich Craquelée) ohne Gold- oder Silberdekor	6223—111	20,0	32,0	20,0	32,0	0	120	152
	*) sämtlich außer von der Staatl. Porzellanmanufaktur „Meißen“								
	außer:								
	mit Glanzgolddekor (einschließlich zitronengold, grüngold u. a.)	6223—211	20,4	32,6	19,07	30,47	7	127,4	160

60

Nummer des Allgemeinen Warenverzeichnisses	Warenart	Art.-Nr. der Schlüssel-liste 1957	GHS in % vom HAP	EHS in % vom HAP	GHS in % vom IAP	EHS in % vom IAP	VA in % vom HAP	Großhandels-index (HAP + GHS + VA mit MUST)	Einzelhandels-index (HAP + GHS + VA mit MUST)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	mit Poliergolddekor oder mit Glanzgolddekor auf Spritz- und Fonddekor oder auf Kobalt	6223-311	20,4	32,6	17,44	27,86	17	137,4	170
	mit Poliergolddekor auf Spritz- und Fonddekor oder auf Kobalt oder mit echtem Ätzgolddekor	6223-411	20,4	32,6	16,06	25,67	27	147,4	180
51 63 90	Sonstiges nicht genanntes Zierporzellan als Weißporzellan (weiß, elfenbein oder kobalt undekoriert) bzw. dekoriert (einschließlich Craquelée) ohne Gold- oder Silberdekor	6223-511	20,0	32,0	20,0	32,0	0	120	152
	*) sämtlich außer von der Staatl. Porzellanmanufaktur „Meißen“								
	außer: mit Glanzgolddekor (einschließlich zitronengold, grüngold u. ä.)	6223-611	20,4	32,6	19,07	30,47	7	127,4	160
	mit Poliergolddekor oder mit Glanzgolddekor auf Spritz- und Fonddekor oder auf Kobalt	6223-711	20,4	32,6	17,44	27,86	17	137,4	170
	mit Poliergolddekor auf Spritz- und Fonddekor oder auf Kobalt oder mit echtem Ätzgolddekor	6223-811	20,4	32,6	16,06	25,67	27	147,4	180

Zur besseren Orientierung nachfolgend die Gegenüberstellung der alten und neuen Artikel-Nr. der Schlüssel-liste 1957:

alt	neu	alt	neu	alt	neu	alt	neu
6211-111	6211-111	6211-113	6211-311	6211-115	6211-411	6223-141	6223-111
6211-131		6211-114		6211-116		6223-151	6223-211
6211-151		6211-133		6211-135		6223-161	6223-311
6211-171		6211-134		6211-136		6223-171	6223-411
6211-191		6211-153		6211-155		6223-181	6223-511
6211-211	6211-211	6211-154	6211-193	6211-156	6211-215	6223-191	6223-611
6211-112		6211-173		6211-175		6223-711	6223-711
6211-132		6211-174		6211-176		6223-721	6223-811
6211-152		6211-193		6211-195		6223-731	
6211-172		6211-194		6211-196		6223-741	
6211-192		6211-213		6211-215		6223-751	
6211-212		6211-214		6211-216		6223-761	

B)

Die Warenarten der Warengruppe 54 hinsichtlich Besen, Bürsten und Pinsel sind ebenfalls unter Berücksichtigung der bisherigen Ergänzungen vom 18. und 22. September 1956 neu wie folgt zusammengestellt worden. Die Sätze der Verbrauchsabgaben und Handelsspannen sowie die Artikel-Nummern blieben unverändert.

Nummer des Allgemeinen Warenverzeichnisses	Warenart	Art.-Nr. der Schlüssel-liste 1957	GHS in % vom HAP	EHS in % vom HAP	GHS in % vom IAP	EHS in % vom IAP	VA in % vom HAP	Großhandels-index (HAP + GHS + VA mit MUST)	Einzelhandels-index (HAP + GHS + VA mit MUST)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
54 61 00	Bürsten, Besen und Pinsel								
54 63 00	außer Zahnbürsten aus:	6350							
54 65 00	Kunstborsten, Kunstborstenanteil bis 40 %	6350-1	15,4	23,6	12,73	19,5	21	136,4	160
	Reisstroh, Reiswurzeln, Kokosfaser, Bassine, Plassava oder Fiber	6350-10	15,4	23,6	12,73	19,5	21	136,4	160
	Teerschrubber aus Kokosfaser	6350-12	15,4	23,6	12,73	19,5	21	136,4	160
	China- und Chunkingborsten	6350-15	15,4	23,6	12,73	19,5	21	136,4	160

61

Nummer des Allgemeinen Warenverzeichnis	Warenart	Art.-Nr. der Schlüssel-liste 1957	GHS in % vom HAP	EHS in % vom HAP	GHS in % vom IAP	EHS in % vom IAP	VA in % vom HAP	Großhandels-index (HAP + GHS + VA mit MUST)	Einzelhandels-index (HAP + GHS + EHS mit MUST)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	Dachs-, Ziegen- oder Fuchshaar	6350—20	15,4	24,6	11,0	17,57	40	155,4	180
	Dachs-, Ziegen- oder Fuchshaar, gemischt mit 40 % und mehr Naturborsten	6350—25	15,4	23,6	12,73	19,5	21	136,4	160
	Fuchshaar, gemischt mit weniger als 40 % Naturborsten	6350—30	15,4	24,6	11,0	17,57	40	155,4	180
	Feinhaarpinsel aus Fein- bzw. Edelhaar (z. B. Dachs-, Ziegen- oder Fuchshaar), Fehhaar, Marderhaar, Rindsohrinnenränderhaar mit mindestens 60 % Anteil	6350—40	15,4	24,6	11,0	17,57	40	155,4	180

VORDRUCKWESEN

— 2130 —

Berlin, den 13. Februar 1957

Einzelhandel

Neufestsetzung von Standardvordrucken

Beim VEB Vordruck-Leitverlag Berlin wurde als Standardvordruck neu festgesetzt:

Best.-Nr. 08/1118 „Protokoll über Preissenkung/-umstufung“
Block 25×3 Blatt, A 5, quer

Auf diesem Vordruck können sechs Positionen gebucht werden. Bestellungen können beim Verlag bis zum

28. Februar 1957,

eventuell bei gleichzeitiger Kürzung der Bestellungen (III/57) des Vordruckes 08/1117 „Protokoll über Preissenkung/-umstufung“ A 4 (22 Positionen), aufgegeben werden.

Weiter wurde neu festgesetzt:

Best.-Nr. 08/1119 „Kassenzettel-einfach“ — Lebensmittel
Block 50 Blatt, 5×10,5 cm

Für diesen Vordruck können Bestellungen entsprechend der „Anweisung Nr. 6/57“ (Verfg. u. Mitt. Nr. 6/57 S. 45) dem Verlag bis zum

25. Februar 1957

erteilt werden. Die Auslieferung erfolgt ab Anfang März 1957. Sofern dem Verlag keine besonderen Lieferbedingungen gestellt werden, erfolgt die Lieferung als Frachtgut.

Vordruckmuster werden von den neu festgesetzten Standardvordrucken nach deren Erscheinen versandt.

— Verfg. u. Mittg. —

Min. f. H. u. V.

Heft 7/57 —

INHALTSVERZEICHNIS

I. Anweisungen

Nr. 9/57 — Sachwertlotterie des DFD	55
Nr. 10/57 — Aufbewahrung, Ausgabe und Kontrolle der Verkaufsanweisungen	56
Nr. 11/57 — Zusammenfassung und Einreichung der monatlichen Finanzberichterstattung des GHK für Lebensmittel im I./57	56
Nr. 12/57 über die Durchführung des Importlethandels mit Nahrungsgütern — Pflanzliche Erzeugnisse — ..	56
Nr. 12/57 — Monatliche Belastungslisten	59

II. Preisdienst

Zur Gemeinsamen Anweisung über die Durchführung von Bestandsaufnahmen im volkseigenen Groß- und Einzelhandel und Umwertung der Waren, für die per 1. Januar 1957 Festpreise eingeführt werden	59
Ergänzung zur Preisbewilligung Nr. III/56	59
Preisbewilligung Nr. I/VII/57/24	59
Preisdienst für Haushaltsporzellan, Besen, Bürsten und Pinsel	60
III. Vordruckwesen	
Neufestsetzung von Standardvordrucken	62

Herausgeber: Deutsche Demokratische Republik, Ministerium für Handel und Versorgung, Berlin — Verlag: (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin O 17, Michaelkirchstraße 17. Fernruf: 67 64 11, Postscheckkonto: 14 00 23 — Erscheinungsweise: wöchentlich — Bezug: nur durch die Post zum Dienstgebrauch — Bezugspreis: vierteljährlich 3,23 DM — Einzelausgabe — 23 DM (nur durch den Verlag zu beziehen) — Veröffentlicht unter der Druckgenehmigungs-Nr. Ag 131/57 DDR — Druck: (140) Neues Deutschland, Berlin

VERFÜGUNGEN UND MITTEILUNGEN**des Ministeriums für Handel und Versorgung**

25X1

1957

Berlin, den 23. Februar 1957

Nr. 8

REGIERUNG DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Handel und Versorgung
DER MINISTER

BERLIN O 17, den 15. Februar 1957
Schließfachnummer 129

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Im August des vergangenen Jahres rief ich alle Mitarbeiter des staatlichen Einzelhandels auf, in einem Sonderwettbewerb alle Kräfte für die höchstmögliche Planerfüllung bei Industriewaren im 2. Halbjahr 1956 einzusetzen. Durch diesen Aufruf angespornt, haben die Mitarbeiter in den einzelnen Industriewarenbetrieben im sozialistischen Wettbewerb einen wirklichen Kampf um die höchste Umsatzplanerfüllung geführt.

Eine wesentliche Verbesserung des Sortimentsangebots und der Verkaufskultur war der Ausdruck dieser Anstrengungen.

Bei der Auswertung des Sonderwettbewerbes für das 2. Halbjahr 1956 gingen die Betriebe

HO-Industriewaren Berlin-Pankow mit 115,8 %

HO-Industriewaren Zossen mit 114,96 %

als Republiksieger hervor. Sie erhielten Urkunden und je eine Prämie von 7000,— DM.

Ich möchte hiermit allen Kolleginnen und Kollegen des staatlichen Einzelhandels und insbesondere den Mitarbeitern der beiden Republiksieger und der Bezirkssieger meine besondere Anerkennung für ihre erzielten Leistungen aussprechen. Dabei hoffe ich, daß auch in diesem Jahre alle Kräfte eingesetzt werden, um eine höchstmögliche Planerfüllung zu erzielen und damit eine weitere Verbesserung der Versorgung unserer Bevölkerung zu erreichen.



ANWEISUNGEN

— 5552 —

Berlin, den 15. Februar 1957

Anweisung Nr. 14/57**Vertragsaufhebungen für Motorräder Type ES 175 für das Jahr 1956**

1. Die zwischen dem VEB Motorradwerk Zschopau und dem sozialistischen Handel sowie zwischen den sozialistischen Handelsorganen abgeschlossenen Verträge über die Motorradtype ES 175 für das Jahr 1956 gelten mit den tatsächlich erfolgten Lieferungen mengen- und terminmäßig als erfüllt.
 2. Durch diese Anweisung werden die gemäß § 8 Abs. 6 der Sechsten Durchführungsbestimmung VVO erforderlichen schriftlichen Vertragsänderungen ersetzt.
 3. Diese Anweisung gilt nicht, soweit Vertragsstreitigkeiten bereits durch Zahlung von Vertragsstrafen oder Schadenersatz oder durch Entscheidung des Staatlichen Vertragsgerichtes beigelegt wurden.
- Diese Anweisung wird im Einvernehmen mit dem Verband Deutscher Konsumgenossenschaften erlassen.

Wach
Minister

— Verfg. u. Mittlg. —

Min. f. H. u. V.

Heft 8/57 —

PREISDIENST

— 3660 —

Berlin, den 18. Februar 1957

Haushaltskühlschrank „Elektrokühler“

Hersteller: VEB Chemische Maschinenbauwerke, Rudisleben.

Rückwirkend ab 1. Januar 1957 gelten für den Haushaltskühlschrank „Elektrokühler“, 45 Liter, vom VEB Chemische Maschinenbauwerke, Rudisleben, folgende Preise:

EVP	761,00 DM
EHS	114,12 DM
GAP	646,88 DM
GHS	60,88 DM
IAP	586,00 DM

Alle nach dem 1. Januar 1957 ausgelieferten Kühlschränke werden den Abnehmern vom Herstellerwerk neu berechnet bzw. Gutschriften erteilt. An Kunden, die nachweislich den Haushaltskühlschrank zu 840,90 DM gekauft haben, ist die Differenz von 79,00 DM durch den Einzelhandel zu erstatten.

— Verfg. u. Mittlg. —

Min. f. H. u. V.

Heft 9/57 —

MITTEILUNGEN

— 5912 —

Berlin, den 18. Februar 1957

Abrechnung des Teilzahlungsgeschäfts

In Abstimmung mit dem Ministerium der Finanzen, Hauptabteilung Geldumlauf und Kredite, Abteilung Sparkassen, wurde die Verzinsung der Refinanzierungskredite für Teilzahlungsverfahren, insbesondere die der überfälligen Forderungen, neu geregelt.

Im Interesse der Konzentration der gesamten Refinanzierung wird festgelegt:

1. Die Sparkassen refinanzieren auf Konto „Refinanzierung von Abzahlungsgeschäften“ HK 2244 (Konto 9691 — Verbindlichkeiten an Sparkassen aus Teilzahlung —) folgende Teile der Kreditsumme:
 - a) alle Beträge für Kreditschuldner, die ihren Abzahlungsverpflichtungen vereinbarungsgemäß nachkommen (Kreditvertrag oder schriftliche Zusatzvereinbarung);
 - b) alle Kreditbeträge für Schuldner, die mit höchstens zwei Monatsraten im Rückstand sind und ordnungsgemäß durch die Handelsorgane gemahnt wurden.

Das Konto HK 2244 (Konto 9691) wird mit 5 % Zinsen p. a. und $\frac{1}{12}$ % Kreditprovision pro Monat (höchster Saldo) abgerechnet.
2. Die Sparkassen refinanzieren über „Überfälliger Kredit aus der Refinanzierung von Abzahlungsgeschäften“ HK 2282 (Konto 9692 fällige Verbindlichkeiten an Sparkassen aus Teilzahlung) folgende Teile der Gesamtkreditsumme:
 - a) alle Kreditbeträge für Schuldner, die mit höchstens zwei Monatsraten im Rückstand sind, aber nicht ordnungsgemäß durch die Handelsorgane gemahnt wurden;
 - b) alle Kreditbeträge für Schuldner, die mit mehr als zwei Monatsraten im Rückstand sind (überfällige und dubiose Forderungen);
 - c) alle Kreditbeträge für Schuldner, mit denen Teilzahlungsverträge unter Verletzung oder Um-

gehung der bestehenden Anweisungen und des geltenden Rechts abgeschlossen wurden (nicht im Warenverzeichnis enthaltene Waren, Vertragsabschluß mit Minderjährigen usw.).

Das Konto 2282 (Konto 9692) wird mit 7 % p. a. netto abgerechnet.

3. Nicht refinanziert werden

- a) die Kreditaufschläge,
- b) uneinbringliche Forderungen.

Eine Forderung ist uneinbringlich, wenn alle Rechtsmittel bis zur fruchtlosen Pfändung erschöpft wurden bzw. dann, wenn der Teilzahlungsschuldner länger als zwölf Monate keine Zahlungen geleistet hat. Uneinbringliche Forderungen stellen für die Sparkassen kein Kreditobjekt dar.

Aus der Umstellung der Finanzierung der überfälligen Forderungen bei Teilzahlungsgeschäften ergeben sich folgende Kontenplanänderungen und Ergänzungen:

1. Auf dem Konto 256 — zweifelhafte Forderungen — erscheinen keine überfälligen und zweifelhaften Forderungen aus Teilzahlungsgeschäften mehr. Zweifelhafte Forderungen sind auf Konto 2511 zu buchen. Das Konto 251 — Forderungen aus Teilzahlungsgeschäften — wird untergliedert in
 - a) 2510 — Forderungen aus Teilzahlungsgeschäft — und
 - b) 2511 — Zweifelhafte Forderungen aus Teilzahlungsgeschäft —.
2. Da die Sparkasse nunmehr zwei Refinanzierungskonten führt, macht sich eine Unterteilung des Kontos 969 — Sonstige Verbindlichkeiten — notwendig.

Das Konto 969 wird unterteilt in

- a) 9690 — Sonstige Verbindlichkeiten —,
- b) 9691 — Verbindlichkeiten an Sparkassen aus Teilzahlungsgeschäft —,
- c) 9692 — Überfällige Verbindlichkeiten an Sparkassen aus Teilzahlungsgeschäft —.

Der Ausweis des Teilzahlungsgeschäfts erfolgt nach wie vor in der NUK nach der Mitteilung vom 2. Februar 1957 (Verfügungen und Mitteilungen Nr. 6/57) zu informativischen Zwecken und zwecks Finanzierung der zum Monatsende noch nicht kreditierten Teilzahlungsgeschäfte.

Hierzu wird noch darauf hingewiesen, daß sich die in den Abschnitt B zu übernehmenden, noch nicht kreditierten Verrechnungsdokumente aus dem Teilzahlungsgeschäft ohne Kreditaufschläge verstehen.

Eine Übereinstimmung der Darunter-Position „Überfällige Forderungen“ mit der Darunter-Position „Überfälliger Refinanzierungskredit aus Teilzahlungsgeschäft“ ist nur gegeben, wenn zum überfälligen Kreditbetrag die in den überfälligen Forderungen aus Teilzahlungsgeschäft enthaltenen Kreditaufschläge hinzugerechnet werden. Um diese Kreditaufschläge werden beide Summen differieren.

Die Sparkassen sind monatlich über die Entwicklung des Teilzahlungsgeschäfts nach folgenden Positionen zu unterrichten:

- a) Stand der Forderungen aus Teilzahlungsgeschäften (Konto 2510)
- b) Stand der zweifelhaften Forderungen aus Teilzahlungsgeschäften (Konto 2511)
- c) Verbindlichkeiten an Sparkassen aus Teilzahlungsgeschäften (Konto 9691)
- d) Überfällige Verbindlichkeiten aus Teilzahlungsgeschäften (Konto 9692)
- e) zum Monatsende noch durch die Sparkassen zu kreditierende Teilzahlungsgeschäfte (in NUK enthalten)

- Verfg. u. Mittlg. Min. f. H. u. V. Heft 8/57 -

— 4913 — Berlin, den 16. Februar 1957

Anschaffung der Erstausrüstung von Kolli aus Investitionskrediten

Mit Schreiben vom 23. Januar 1957 (Az. 321/Gu.) erklärte die Zentrale der Deutschen Notenbank ihr Einverständnis zur Finanzierung der Erstausrüstung von Kolli durch Investitionskredite.

Sofern die Niederlassungen der GHK hiervon Gebrauch machen wollen, haben sie an die für sie zuständige Niederlassung der Deutschen Notenbank einen entsprechenden Kreditantrag zu stellen, dem eine Berechnung über die zu erzielende Einsparung beizufügen ist. Die durch Investitionskredite angeschafften Kolli sind nicht in der Grundmittelsphäre zu aktivieren, sondern werden in der Umlaufmittelsphäre auf dem

Konto 122 — Bestand an Kolli —

ausgewiesen. Der hierfür von der Deutschen Notenbank gewährte Investitionskredit ist auf dem

Konto 9481 — Kredit für Kolli —

zu buchen. Die Konten 122 und 9481 sind in dem Fachkontenrahmen des volkseigenen Großhandels 1957 neu aufzunehmen.

Der Bestand auf dem Konto 122 wird durch die zu Lasten des Kontos 391 — Tilgung von Investitionskrediten — zu buchenden Tilgungsraten abgedeckt.

Im Finanzbericht Teil III — Nachweis über die Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung — sind die Bestände auf den Konten 122 und 9481 im Teil C — Finanzierung sonstiger Umlaufmittel — auszuweisen. Die angeschafften Kolli sind besonders zu kennzeichnen und zu inventarisieren. Bei den durchzuführenden Leertgutinventuren sind sie nicht wertmäßig in der Inventurliste mit aufzunehmen, sondern nur mengenmäßig festzuhalten und mit dem Inventarverzeichnis zu vergleichen.

— 1500 —

Berlin, den 15. Februar 1957

Genehmigung für Berichterstattungen der Unterabteilungen Staatliche Handelsinspektion

Gemäß § 3 Abs. 2 Buchst. b der Verordnung vom 20. Juli 1956 über das Berichtswesen in der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. I 56, S. 599) wird der Staatlichen Handelsinspektion im Ministerium für Handel und Versorgung eine Genehmigung in nachstehendem Umfang erteilt, die am 29. Januar 1957 unter Nr. 260/35 registriert wurde:

1. Der Leiter der Staatlichen Handelsinspektion im Ministerium für Handel und Versorgung ist berechtigt, Berichte zu den zentralen und bezirklichen Kontrollaufgaben von den Leitern der Unterabteilungen Staatliche Handelsinspektion anzufordern. Die Grundlage hierfür bilden die von der Staatlichen Handelsinspektion im Ministerium für Handel und Versorgung herausgegebenen Kontrollrichtlinien (KR) und Sonderkontrollrichtlinien (SKR) sowie die gemeinsam mit den Abteilungsleitern Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke festgelegten bezirklichen Aufgaben.
2. Die Kontrollen der Unterabteilungen Staatliche Handelsinspektion erfolgen durch persönliche Feststellungen in Verkaufsstellen, Handelsbetrieben und Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Kreise, durch Einsichtnahme in vorliegendes Material und Aussprachen mit Staats- und Wirtschaftsfunktionären.
3. Unter diese Genehmigung fallen nicht gleichartige schriftliche Befragungen einer Mehrzahl von Staats- und Wirtschaftsorganen. Ferner werden solche Befragungen von Wirtschaftsfunktionären nicht durch diese Genehmigung gedeckt, zu deren Beantwortung zunächst Berichte nachgeordneter Dienststellen oder Handelsbetriebe angefordert werden müssen.
4. Der Leiter der Staatlichen Handelsinspektion im Ministerium für Handel und Versorgung trägt die Verantwortung dafür, daß der vorstehend festgelegte Umfang dieser Genehmigung nicht überschritten wird.
5. Diese Genehmigung wird bis zum 20. Januar 1958 befristet.
6. Die Kontrollfunktionen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik werden durch diese Genehmigung nicht beeinträchtigt. In Zweifelsfällen ist stets ihre Entscheidung einzuholen.

- Verfg. u. Mittlg. Min. f. H. u. V. Heft 8/57 -

— 5250 —

Berlin, den 12. Februar 1957

Beförderung von Lebensmitteln durch Fahrzeuge der Landkraftpost

Das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen teilt mit, daß vom staatlichen und genossenschaftlichen Handel die in der „Anordnung vom 25. August 1956 über die Behandlung von Lebensmitteln im Lebensmittelverkehr“ festgelegten gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der Verpackung nicht genügend beachtet werden. Demnach ist es nicht statthaft, Fleisch- und Backwaren in offenen Behältern, die in der Regel nur aus mit Papier abgedeckten Lattenrosten bestehen, der Landkraftpost zur Beförderung zu übergeben. Das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen beabsichtigt, unvorschriftsmäßig verpackte Lebensmittelsendungen künftig von der Beförderung auszuschließen.

Sofort, spätestens jedoch bis 1. April 1957, ist für eine vorschriftsmäßige Verpackung entsprechend der Anordnung zu sorgen. Den Betrieben wird empfohlen, verschließbare Behälter für diese Zwecke zu verwenden. Damit wird den hygienischen Bestimmungen und auch der notwendigen Sicherheit Rechnung getragen.

- Verfg. u. Mittlg. Min. f. H. u. V. Heft 8/57 -

— 3300 —

Berlin, den 14. Februar 1957

Durchführung der Bedarfsforschung

Auf Grund von Anfragen seitens der Abteilungen Handel und Versorgung der Räte der Kreise und Bezirke sowie der Handelsorgane betr. künftiger Durchführung der Bedarfsforschung wird folgende Information gegeben:

Die ab 1957 geltenden neuen Formen der Planung und Abrechnung, die Neugestaltung der vertraglichen Beziehungen zwischen den Betrieben des staatlichen Groß- und Einzelhandels sowie eine Reihe anderer Maßnahmen gestatten es nicht mehr, die Bedarfsforschung auf der bisherigen Basis durchzuführen und erfordern eine Abänderung des Kollegiumsbeschlusses vom 13. Juli 1956.

Aus dem gleichen Grunde konnten auch die laut Kollegiumsbeschluss vom 13. Juli 1956 angekündigten Richtlinien über die Durchführung der Bedarfsforschung nicht herausgegeben werden.

Die für die Berichterstattung über die Ergebnisse der Bedarfsforschung im III./56 laut „Verfügungen und Mitteilungen“ Nr. 22/56 getroffene Übergangsregelung brachte keine befriedigenden Ergebnisse. Von einer Berichterstattung im IV./56 wurde deshalb abgesehen. Zur Zeit wird im Ministerium die Neuregelung der Durchführung der Bedarfsforschung festgelegt. Ungeachtet der endgültigen Festlegungen kann schon heute informativ mitgeteilt werden, daß die künftige Form der Bedarfsforschung weit einfacher sein wird als im Kollegiumsbeschluss vom 13. Juli 1956 festgelegt. Insbesondere wird darauf verzichtet, die Bedarfsforschung im bisherigen Maße zu zentralisieren und die Methoden und Formen ihrer Durchführung in ein für alle Organe verbindliches System zu pressen. Den einzelnen Organen wird künftig das höchste Maß an eigener Entscheidung auf diesem Gebiet gewährt werden. Bei Einzelfragen der Form und Methodik wird sich das Ministerium im wesentlichen auf Empfehlungen und Hinweise beschränken.

Die regelmäßigen verbindlichen Berichte über die Ergebnisse der Bedarfsforschung werden künftig fortfallen.

Demgegenüber soll das System der repräsentativen Bedarfsermittlung mit wechselnder Fragestellung und wechselndem Kreis der Befragten stark ausgedehnt werden. Der direkten Verbraucherbefragung wird ebenfalls besondere Bedeutung beigemessen. Sie soll künftig nicht nur auf zentraler Ebene, sondern auch von einzelnen Groß- und Einzelhandelsorganen durchgeführt werden.

— Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 8/57 —

— 5241 —

Berlin, den 12. Februar 1957

Katalog „Technik im Handel“

Entgegen der Bekanntmachung auf der Arbeitstagung der Oberreferenten für Organisation und Technik der Räte der Bezirke am 27. November 1956 über die Verteilung des vorgenannten Kataloges an den staatlichen Einzel- und Großhandel wird zur Kenntnis gegeben, daß die Zentrale Leitung der DHZ Maschinen- und Fahrzeugbau die Verteilung über die Niederlassungen in den Bezirken vorgenommen hat.

Der von den Räten der Bezirke bekanntgegebene Bedarf wurde als Grundlage für den Verteilerschlüssel an die Niederlassungen genommen. Seitens der Zentralen Leitung DHZ Maschinen- und Fahrzeugbau wurden die Niederlassungen angewiesen, die Verteilerlisten zur Einsichtnahme durch die Abteilung Handel und Versorgung der Räte der Bezirke bereitzuhalten.

66

Aus diesem Grunde bitten wir Sie, die Handelsorgane auf die Möglichkeiten des Bezuges der Kataloge bei den örtlichen Niederlassungen der DHZ Maschinen- und Fahrzeugbau als auch der DHZ Elektrotechnik hinzuweisen.

Es wird empfohlen, daß Sie in die vorliegenden Verteilerschlüssel bei den genannten Niederlassungen Einsicht nehmen, um die noch fehlenden Handelsorgane auf die Bezugsmöglichkeiten hinweisen zu können. Die Aushändigung des Katalogs erfolgt kostenlos.

— Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 8/57 —

— 4400 —

Berlin, den 9. Februar 1957

Rahmenstellenplan für die zu bildenden Transportgemeinschaften des Handels

Auf Grund der Erfahrungen der im Bereich des staatlichen Großhandels bereits bestehenden Transportgemeinschaften in Halle und Eisleben sowie in Auswertung des Stellenplanes für den Fuhrpark der Konsumgenossenschaften wird den Räten der Bezirke bzw. den Niederlassungen der Großhandelskontore bei der Bildung von Transportgemeinschaften folgender Rahmenstellenplan mit den entsprechenden Vergütungsgruppen laut VBV-Tarif empfohlen:

1. Transportleiter	bis 19	FE	1/V
	20—45	FE	1/IV
	46—70	FE	1/III
	über 70	FE	1/II
2. Einsatzleiter	bis 19	FE	—
	20—45	FE	1/V
	über 45	FE	1/IV
3. Buchhalter	für alle Größen		1/V
4. technische Kräfte	20—45	FE	1/VI
(Tarifreue, Schreib-	46—70	FE	2/VI
kraft, Lohnrechner)	über 70	FE	2/VI; 1/VII

Die Anzahl der Kraft- und Beifahrer sowie eventuell notwendiger Kraftfahrzeughandwerker richtet sich nach den örtlichen Notwendigkeiten.

Die Entlohnung der Kraft- und Beifahrer erfolgt entsprechend der Dritten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Erhöhung des Arbeitslohnes für qualifizierte Arbeiter der Lohngruppen V bis VIII in bestimmten Zweigen der volkseigenen Wirtschaft — Entlohnung der Kraftfahrer — vom 10. März 1954 (GBl. Nr. 30/54 S. 300).

Die anzuwendenden Tarife für die Entlohnung der Kraftfahrzeughandwerker werden in einer späteren Mitteilung veröffentlicht.

Jedes Fahrzeug (LKW, Anhänger, Gespann), das zum Warentransport außerhalb des Lagers verwendet wird, gilt — sofern im Besitz der Niederlassung — als eine Fahrzeugeinheit (FE). Fremdfahrzeuge können nach folgendem Schlüssel hinzugerechnet werden:

Die Summe der monatlichen Einsatztage von Fremdfahrzeugen wird durch 25 (Tage) geteilt. Dann erhält man die pro Tag eingesetzten Fremdfahrzeuge. Bei der Addition zu den eigenen Fahrzeugeinheiten zählen drei Fremdfahrzeugeinheiten als eine eigene Fahrzeugeinheit.

— Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 8/57 —

— 1361 —

Berlin, den 18. Februar 1957

Vergriffene Ausgaben der „Verfügungen und Mitteilungen“

Immer wieder werden Ausgaben der „Verfügungen und Mitteilungen“ nachbestellt, die aber längst völlig vergriffen sind. Nachdrucke der verlangten Hefte sind leider nicht möglich. Es wird daher auf einige Veröffentlichungen des VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG verwiesen, in denen besonders oft verlangte Anweisungen und Richtlinien abgedruckt oder behandelt werden.

Die im Heft 11/55 des Verfügungsblattes veröffentlichte Anweisung Nr. 31/55 — Wahrung der Rechte der Käufer beim Kauf mangelhafter Sachen (Industriewaren) sowie Bestimmungen über Gewährleistungsansprüche bei Lebensmitteln behandelt die Broschüre

Fehlerhafte Ware — Geld zurück?
von Werner Stolz, 52 Seiten, broschiert 1,70 DM.

Ein umfassendes Nachschlagewerk ist das Handbuch **Die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen für die Verkaufsstellen des Einzelhandels mit Lebensmitteln**

Zusammengestellt und erläutert von Hans Madry, überprüft von einem Kollektiv des Ministeriums für Handel und Versorgung und Verkaufsstellenleitern des staatlichen Einzelhandels, 240 Seiten, broschiert 4,00 DM.

In diesem Werk gelangen u. a. die Richtlinien über Lagerung und Verkauf von Lebensmitteln aus den Heften 10 und 11/54 zum Abdruck. In weiteren Abschnitten werden „Schwund — Inventurdifferenzen“, „Stellung, Rechte und Pflichten der Verkaufsstellenleiter“, „Kontrollbuch — Kundenbuch“, „Verpackung — Leergut“ und „Brandschutz“ behandelt und jeweils die betreffenden gesetzlichen Bestimmungen zitiert. Im Anhang befinden sich die Lagerordnung für den staatlichen Großhandel mit Lebensmitteln sowie Richtlinien für die Lagerung der einzelnen Warenarten“ und die „Verordnung über die Staatliche Handelsinspektion“. Ein alphabetisches Sachregister erleichtert die Orientierung.

— Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 8/57 —

— 5426 —

Berlin, den 4. Februar 1957

**Zu den Erläuterungen
zur Arbeitskräfteplanabrechnung (AQ/EH)
im staatlichen Einzelhandel (HO)**

für das Jahr 1957

Um die Betriebe rechtzeitig über die Arbeitskräfteplanabrechnung (AQ/EH) für das Jahr 1957 zu informieren, werden nachstehend die Erläuterungen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik veröffentlicht. Eine gesonderte Herausgabe der Erläuterungen durch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik erfolgt nicht. Die Verteilung der Formblätter an die Betriebe wird wie bisher durch die zuständige Kreisstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik vorgenommen. Die Auslieferung der Berichtsbogen für das I./1957 ist Anfang März 1957 zu erwarten.

Die Erläuterungen sind gewissenhaft durcharbeiten, wobei besonders die gegenüber der Berichterstattung für das Jahr 1956 eingetretenen Veränderungen zu beachten sind.

Staatliche Zentralverwaltung
für Statistik beim Ministerrat

Erläuterungen zur Arbeitskräfteplanabrechnung (AQ/EH) im staatlichen Einzelhandel (HO) für das Jahr 1957

Der Berichtsbogen der Arbeitskräfteplanabrechnung für das Jahr 1957 enthält einige Änderungen und verschiedene Verbesserungen, die auf Grund besonderer Belange des Ministeriums für Handel und Versorgung und der Strukturveränderung der HO-Kreisbetriebe zu berücksichtigen sind.

Alle HO-Betriebe (mit Ausnahme der säulenreinen HO-Kreisbetriebe) untergliedern den Umsatz, die Handelsspannenerlöse, den Pro-Kopf-Umsatz des Verkaufspersonals (Vollkraft), den Pro-Kopf-Handelsspannenerlös des Verkaufspersonals (Vollkraft), die Anzahl des Verkaufspersonals, die Bruttolohnsummen und die Durchschnittslöhne (Vollkraft) nach den einzelnen Handels-säulen. Die säulenreinen HO-Kreisbetriebe füllen nur die für ihre Handelssäule zutreffenden Zeilen aus.

Für Gemischtwarenverkaufsstellen (mit Lebensmitteln und Industriewaren) hat die Zuordnung — soweit eine Untergliederung nach Handelssäulen nicht möglich ist — nach dem jeweils überwiegenden Umsatzanteil zu erfolgen.

I. Berichtsweg und Termine**A. Die Betriebe melden bis zum 12. Werktag nach Berichtszeitraum:****1. HO-Kreisbetriebe an:**

- a) Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des Kreises,
- b) Kreisstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik;

2. Zentralgeleitete HO-Warenhäuser, HO-Z-Gaststätten sowie Versandhaus Leipzig an:

- a) Ministerium für Handel und Versorgung — Hauptverwaltung D-Betriebe —,
- b) Kreisstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik,
- c) Bezirksstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik;

3. HO Wismut und HO Vertrieb an:
zuständige Hauptverwaltung.

67

- B. Die Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Kreise reichen die Ergebnisse der zusammengefaßten AQ/EH-Meldungen der Betriebe bis zum 15. Werktag nach Berichtszeitraum auf Formblatt AQ/EH an

die Abt. f. Handel und Versorgung beim Rat des Bezirkes ein.

- C. Die Abteilung Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke und die Hauptverwaltungen HO Wismut und HO Vertrieb reichen die Ergebnisse der zusammengefaßten AQ/EH-Meldungen der Betriebe bis zum 20. Werktag nach Berichtszeitraum auf Formblatt AQ/EH:

1. Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des Bezirkes für die HO-Kreisbetriebe an:

- a) Ministerium für Handel und Versorgung, Abt. Planabrechnung (dreifach),
- b) Bezirksstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik;

2. Hauptverwaltung HO Wismut und HO Vertrieb an:

- a) Ministerium für Handel und Versorgung, Abt. Planabrechnung (zweifach),
- b) Staatliche Zentralverwaltung für Statistik — HA IV —.

II. Allgemeines

1. Berichtsvordruck AQ/EH

A. Allgemeine Angaben

B. Warenumsatz, Erlöse und Produktivität

Hier wurde auf Grund der Strukturveränderung eine Untergliederung auf Handelssäulen vorgenommen. Ferner wurden für „seit Jahresbeginn“ eine Planspalte für die Umsätze und Erlöse und für die Produktivitätserrechnung für „seit Jahresbeginn“ die Spalten „Plan-Ist und prozentuale Erfüllung“ aufgenommen.

C. Beschäftigte, Bruttolohnsummen und Durchschnittslöhne

Die Lehrlinge sind nicht mehr unter dem „Personal im Handelsbereich“, sondern in der Zeile 5 und 5,12 „Sonstiges Personal“ auszuweisen. In der Zeile 7,2 sind die Jugendlichen ohne Berufsausbildung unter 16 Jahren im Verhältnis 2:1, d. h. für zwei Jugendliche ein Beschäftigter einzutragen. Die Zeile „Verkaufspersonal mit Kurzarbeit laut Arbeitsvertrag“ wird nur noch im Abschnitt D — Arbeitszeitbilanz — aufgeführt.

Auf Grund der Strukturveränderung ist die Untergliederung des Verkaufspersonals in **Vollkräften** auf die Säulen vorzunehmen (Zeilen 8,1 bis 8,3). Ferner ist in Zeile 9 das „Sonstige Handlungspersonal“ in Gaststätten (aus lfd. Nr. 2) umgerechnet in **Vollkräften** auszuweisen.

D. Arbeitszeitbilanz

Im Jahre 1957 wird statt des Ausweises der Arbeitsstundenminderung eine Arbeitszeitbilanz nur für das „Verkaufspersonal“ eingeführt.

E. Belegschaftswechsel (s. III., Punkt 4, Seite 71)

F. Lohnbestandteile und nicht aus dem Lohnfonds gezahlte Beträge

In der vollen Nomenklatur sind die Lohnbestandteile und nicht aus dem Lohnfonds des Arbeitskräfteplanes gezahlten Beträge nur noch im II. Quartal für das erste Halbjahr 1957 insgesamt (Spalte 2) zu melden.

Jedoch sind in den Zeilen 2,2 bis 2,6 auch im I., III. und IV. Quartal die für das jeweilige Quartal gezahlten Beträge (Spalte 1) auszuweisen.

2. Sonstige Einrichtungen

Dies sind Fachschulen, Forschungsinstitute usw., die dem Ministerium für Handel und Versorgung direkt unterstehen. Sie haben nicht mit Formblatt AQ/EH zu melden, sondern werden mit einem gesonderten Formblatt AQ/S befragt.

3. Zu den in der AQ/EH-Meldung mitzuerfassenden Betrieben des Dienstleistungsbereiches bzw. der Beschäftigten des Dienstleistungsbereiches gehören:

- Hotels
- Druckereien
- Fasereien
- Vervielfältigungsanstalten
- Wäschereien
- Reparaturwerkstätten (Optik, Rundfunk, Mechanik)
- Fotolabore
- Maß-, Konfektions- und Reparaturschneidereien¹⁾
- Hut- und Putzmachereien
- Schuhreparaturwerkstätten¹⁾
- Friseurstuben¹⁾
- Blumen- und Kranzbindereien
- Bäder¹⁾
- Lotto- und Totoannahmestellen
- Belustigungs- und Unterhaltungseinrichtungen in Restaurants
- Garderobieren- und Toilettenpersonal in Gaststätten.

¹⁾ nur für Kunden.

III. Begriffsbestimmungen

Abschnitt B

1. Warenumsatz und Erlöse

a) Warenumsatz

Die Positionen 1 bis 1.3 beinhalten den reinen Warenumsatz im eigenen Netz. In den Warenumsatz sind nicht mit einzubeziehen: Kohle-, Gebrauchtwaren-, Antiquitäten- und Agentur- bzw. Überlassungsvertragspartnerumsätze. Der Warenumsatz muß mit der Finanzmeldung Pos. 1 bis 1.3 übereinstimmen.

b) Handelsspannenerlöse und Erlöse aus Nebenleistungen

Die Positionen 2 bis 2.3 (Handelsspannenerlös und Erlöse aus Nebenleistungen) umfassen:

- aa) die Einzelhandels-, Gaststätten- und teilweise noch vorhandene anteilige Großhandels-spanne,
- bb) die Erlöse aus dem Verkauf von Kohlengutscheinen,
- cc) die Erlöse aus Nebenleistungen (Erlöse aus Leergut- und Altpapierverkauf, Korkengelder usw.),
- dd) die Erlöse aus Dienstleistungen, aus Verleihgeschäften und aus dem Ankauf von Gold und Silber, soweit sie von Verkaufskräften erzielt werden, die neben ihrer **Haupttätigkeit** (Warenverkauf) **zusätzlich** angeführte Tätigkeiten durchführen.

Die zuvor aufgeführten Erlöse müssen mit den Positionen 4 bis 4.3 und 6 der Finanzmeldung übereinstimmen.

c) Erlöse aus Dienstleistungen einschließlich Hauptleistungen bei HO-Gaststätten

Die Positionen 3.1 bis 3.2 umfassen: die Erlöse aus Dienstleistungen, sofern sie ausschließlich oder hauptsächlich durch die Tätigkeit der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich erbracht werden. Es gehören ferner dazu: die Kreditaufschläge für das Teilzahlungsgeschäft, die Erlöse aus dem Verkauf von Gebrauchsgütern und Antiquitäten sowie aus dem Ankauf von Gold und Silber, wenn diese Tätigkeiten nicht mit dem reinen Warenverkauf gekoppelt sind.

Außerdem rechnen hierzu die Erlöse aus Verleihgeschäften, wenn diese Geschäfte getrennt vom Verkauf durchgeführt werden und damit getrennt geplant und abgerechnet werden können. Die aufgeführten Erlöse müssen mit der Pos. 5 der Finanzmeldung übereinstimmen.

Abschnitt C

2. Beschäftigte, Bruttolohnsummen und Durchschnittslöhne

a) Durchschnittszahl der Beschäftigten

Für die Zuordnung der Beschäftigten zu den einzelnen Beschäftigtengruppen ist der in den „Verfügungen und Mitteilungen“ Nr. 31 (S. 306 bis 308) aufgeführte Beschäftigtenkatalog verbindlich. Dabei sind besonders die dort vorgenommenen Veränderungen in der Zuordnung der Beschäftigten zu den einzelnen Beschäftigtengruppen gegenüber dem Planjahr 1956 zu beachten.

aa) Durchschnittszahlen der Beschäftigten (Kopfzahlen) (Zeilen 1 bis 7)

Die Kopfzahlen (Abschnitt C) im Quartalsdurchschnitt sind ausgehend von einer täglichen Anschreibung zu ermitteln. Grundlage dafür sind die zu führenden Anwesenheitslisten bzw. Stundennachweise oder das Lohnjournal bzw. die Lohnlisten. Am Beispiel des folgenden Stundennachweises für eine Woche, der auf den Monat bzw. das Quartal analog erweitert werden kann, wird die Ermittlung der Kopfzahlen (Ø-Zahlen) erläutert.

Stundennachweis

	1.	2.	3.	4.	5.	6.	Kopfzahl	Vollkräfte	Anzahl der Beschäftigten mit Kurzarbeit	Ausfall durch Kurzarbeit lt. Arbeitsvertrag	Std.
1. Müller	8	8	8	8	8	8	1	1	—	—	—
2. Lehmann	8	8	8	—	—	—	1/2	1/2	—	—	—
3. Kunze	—	—	—	8	8	—	1/3	1/3	—	—	—
4. Vollrath	4	4	4	4	4	4	1	1/2	1	24	
5. Köhler	4	4	4	—	—	—	1/2	1/4	1/2	12	
6. Bert	—	—	—	—	8	—	1/4	1/4	—	—	—
7. Krug	—	—	—	4	4	—	1/3	1/6	1/3	8	
8. Finke	2	2	2	2	2	2	1	1/4	1	36	
							4 1/6	3 1/6	2 1/6	80	

Zu 2. Lehmann: Arbeitsverhältnis wurde Mitte der Woche gelöst

3. Kunze: Arbeitsverhältnis wurde am Freitag aufgenommen

4. Vollrath: 4-Stunden-Kraft

5. Köhler: 4-Stunden-Kraft; Arbeitsverhältnis wurde Mitte der Woche gelöst

6. Bert: Aushilfskraft

7. Krug: Aushilfskraft: Ausfallzeit durch Kurzarbeit lt. Arbeitsvertrag wird nur für die zwei Tage der Beschäftigung berücksichtigt

8. Finke: 2-Stunden-Kraft.

Eine exakte Ermittlung der Kopfzahlen ist auch an Hand des Lohnjournals bzw. der Lohnlisten möglich, wenn in ihnen u. a. der Zeitraum der Entlohnung (z. B. 1. bis 31., 1. bis 15., 16. bis 31., 7., 14., 21., 28. usw.) und die Anzahl der zu entlohnenden Stunden (208, 104, 52, 48 usw.) aufgeführt werden.

Zur Zeile 7.2 (Abschnitt C) ist zu bemerken, daß hier die Anzahl der vom Betrieb eingestellten Jugendlichen unter 16 Jahren (ohne Berufsausbildung) nach dem Verhältnis 2:1 (2 Jugendliche unter 16 Jahren = 1 Arbeitskraft) einzutragen ist. Wenn also z. B. ein Betrieb 4 Jugendliche unter 16 Jahren eingestellt hat, ist die Anzahl dieser Jugendlichen — also 4 — den entsprechenden Beschäftigtengruppen — Zeile 1 bis 7 — zuzuordnen, und in Zeile 7.2 sind dann anzahlmäßig 2 einzutragen.

bb) Durchschnittszahlen der Beschäftigten (Vollkräfte) (Zeilen 8 bis 9)

Für die Ermittlung der richtigen Durchschnittszahlen der Vollkräfte im Quartal ist es notwendig, ausgehend von den durch tägliche Anschreibung ermittelten Kopfzahlen (Ø-Zahlen), die tatsächliche Anzahl der Ausfallstunden durch Kurzarbeit laut Arbeitsvertrag und Schutzbestimmungen (siehe Beispiel Stundennachweis) zu errechnen.

Die Berechnung erfolgt dann z. B. wie folgt:

Kopfzahl	Stunden je Kopf im Quartal	
1704	X 618	= 1 049 664 Std.
J. Ausfall durch Kurzarbeit laut Arbeitsvertrag und Schutzbestimmungen		42 394 Std.
		1 007 270 Std.
1 007 270 Std.: 618 Std. je Kopf im Quartal		= 1635 Vollkräfte

b) Bruttolohnsumme

Hier sind die tatsächlich gezahlten Bruttolöhne aufzuführen. In die Summe der Bruttolöhne sind folgende Lohnbestandteile einzubeziehen:

aa) tariflicher Grundlohn einschließlich Urlaubslohn

Zeitlohn,

Leistungsgrundlohn,

Gehalt,

Einzelvertragsgehalt,

Lehrlingsentgelt (ist unabhängig von der durch den Haushalt übernommenen Teilfinanzierung in voller Höhe auszuweisen [Zeile 5.12]).

Bezahlung von Freizeit oder zusätzliche Bezahlung

Lohn für gesetzlichen Urlaub, Feiertage, Haushaltstage, Schulungen und Lehrgänge, Wahrnehmung staatsbürgerlicher Verpflichtungen, Wahrnehmung persönlicher Interessen, Bezahlung von Arztzeiten und Stillzeiten.

Können einzelne Bestandteile der Bruttolohnsumme auf Grund des bestehenden Kontenrahmens nicht direkt aus den Unterlagen der

Buchhaltung den einzelnen Beschäftigten-
gruppen zugerechnet werden, so müssen die
Urbelege herangezogen werden.

Die Bezahlung für Urlaub, Feiertage usw. ist
nicht mit den abgegrenzten, sondern den tat-
sächlich angefallenen Beträgen in die Brutto-
lohnsumme einzubeziehen.

bb) Mehrverdienste

Mehrverdienste bei Leistungslohnarbeit,
Leistungsprämien (Differenzbeträge zwischen
dem tariflichen Grundgehalt und dem der-
zeitigen Gehalt),
Prämien für Umsatzbeteiligung für das Ver-
kaufspersonal und Bedienungspersonal, Ver-
kaufsstellen- und Betriebsstättenleiter,
Prämien für Lehrausbilder,
Prämien für Planübererfüllung entsprechend
den Bestimmungen der Prämienverordnung
für das ingenieur-technische Personal ein-
schließlich der Meister und des kaufmänni-
schen Personals,
Prämien für Planerfüllung und -übererfül-
lung

cc) Lohnzuschläge

Zuschläge für Arbeiterschwernis (Schmutz,
Hitze, Gefahr) und für planmäßige Schicht-
arbeit (Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit),
Lohngruppenausgleich,
Leistungslohnungleich,
Zuschlag für Überstunden,
Sonderzuschläge für Betriebe in der Sperr-
zone.

dd) Nicht in die Bruttolohnsumme einzubeziehen sind:

Krankengeldzuschüsse,
Prämien aus dem Direktorfonds bzw. Sozial-
fonds, darunter:
Prämien für Verkaufspersonal bei Unter-
schreitung der festgelegten Schwundsätze
für bestimmte Waren,

Wegegelder,
Trennungsschadigungen,
Reisekosten,
Tage- und Übernachtungsgelder,
Auslösungen,
Personaleinstellungskosten,
Umsatzkosten,
Wohn- und Mietbeihilfen,
Notfallunterstützungen,
Aufwandsentschädigungen,
vom Betrieb zu leistende Sozialbeiträge ein-
schließlich der Unfallumlagen und der Bei-
träge zur zusätzlichen Altersversorgung.

c) Durchschnittslöhne

Durchschnittslöhne dürfen nicht addiert werden;
sie sind daher für die Summenzeilen 4 und 7 im
Abschnitt C durch entsprechende Division zu er-
rechnen. Die Berechnung der Durchschnittslöhne
je Kopf der Beschäftigten ist nach folgenden
Richtlinien vorzunehmen:

AQ/EH	
Spalte 11 Soll	Spalte 12 Ist
Abschnitt C Spalte 6	Abschnitt C Spalte 7
Abschnitt C Spalte 1	Abschnitt C Spalte 3

Abschnitt D

3. Arbeitszeitbilanz

Die nominelle Arbeitszeit ist wie folgt zu errechnen:
Kalendertage des Quartals,

×/ Sonn- und Feiertage bzw. die als Ersatz dafür zu
gewährenden Ruhetage,

= Anzahl der Kalenderarbeitsstage,

× Anzahl der tatsächlichen durchschnittlichen Ar-
beitskräfte (Kopfzahl),

× 8 (Stunden).

Die Betriebe, in denen an einzelnen Kalenderarbeits-
tagen eine Abweichung von der normalen Arbeits-
zeit (8 Stunden) vorhanden ist, gehen bei der Be-
rechnung der nominellen Arbeitszeit für das Quartal
nicht grundsätzlich vom Achtstundentag aus, son-
dern von den sich **tatsächlich je Kalenderarbeitstag**
ergebenden **Kalenderarbeitsstunden**.

Fallen die für die Sonn- und Feiertagsarbeit zu
gewährenden Ruhetage in das dem Berichtsquartal
folgende Quartal, so sind sie nicht im Berichtsqua-
rtal, sondern im folgenden Quartal von den Kalender-
arbeitstagen abzusetzen.

In Zeile 2,1 ist einzutragen der Ausfall durch ge-
setzlichen Urlaub, tariflicher Jahresurlaub laut Ver-
ordnung über den Erholungsurlaub vom 7. Juni 1951
(GBl. Nr. 69/1951); Durchführungsbestimmung vom
30. September 1951 (GBl. Nr. 117/1951) sowie laut
Einzelvertrag durch Haushaltstage, die den weib-
lichen Beschäftigten nach § 34 der Verordnung über
die Wahrung der Rechte der Werkstätten vom
20. Mai 1952 zustehen, durch Schwangerschafts- und
Wochenurlaub gemäß § 10 des Gesetzes über den
Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau
vom 27. September 1950 (GBl. Nr. 111/1950), durch
Trennungsurlaub und Sonderurlaub zur Wahr-
nehmung persönlicher Interessen gemäß § 33 der
Verordnung über die Wahrung der Rechte der
Werkstätten vom 20. Mai 1952 (GBl. Nr. 64/1952).
In Zeile 2,2 sind die Freizeiten anzugeben, die den
Werkstätten auf Grund des § 32 der Verordnung
zur Wahrung der Rechte der Werkstätten vom
20. Mai 1952 für die Wahrnehmung staatsbürger-
licher Verpflichtungen oder die Ausübung eines
öffentlichen Amtes gewährt wurden.

Außerdem sind hier die Ausfälle durch Betriebs-
versammlungen, betriebliche und außerbetriebliche
Kundgebungen, Arbeitsberatungen und Sitzungen
aller Art (soweit sie ausnahmsweise noch während
der Arbeitszeit durchgeführt werden), nachzuweisen.
Des weiteren sind hier die Ausfallstunden ein-
zubeziehen, die sich durch Schulungen, Lehrgänge
und Tagungen der demokratischen Organisationen,
der volkseigenen Betriebe und der Verwaltungen
laut Anordnung über Freistellung zu Schulungs- und
Ausbildungszwecken vom 19. November 1948 (ZVBl.
Nr. 55/1948) ergeben.

In Zeile 2,3 wird der Ausfall durch Kurzarbeit laut
Arbeitsvertrag und infolge Schutzbestimmungen ein-
getragen.

Der Ausfall durch Kurzarbeit infolge Schutzbestim-
mungen ergibt sich aus der Kurzarbeit

der Jugendlichen,
der Arbeiter in gesundheitsschädlichen Werk-
stätten,
der stillenden Mütter usw.

Der Arbeitsstundenausfall durch Kurzarbeit laut Arbeitsvertrag für Halbtags- und sonstige Teilkräfte berechnet sich aus dem Unterschied der von den Kurzarbeitern (Teilkräften) geleisteten Arbeitsstunden gegenüber der üblichen Normalarbeitszeit von 48 Stunden in der Woche.

In der Zeile 2,5 sind als „Sonstiges Fehlen“ alle Ausfallstunden abzurechnen, die nicht auf gesetzlicher Grundlage beruhen. Dabei ist sowohl das entschuldigte Fehlen, für das der Gesetzgeber keine Bezahlung vorsieht, als auch unentschuldigtes Fehlen nachzuweisen. Die Ausfallstunden durch das unentschuldigte Fehlen (Arbeitsbummel) sind in der Zeile 2,51 als „Darunterzahl“ (die nicht größer sein darf als Zeile 2,5) gesondert auszuweisen.

In Zeile 4 sind die Überstunden anzugeben. Überstunden sind alle Arbeitsstunden, die über die gesetzlich zugelassene Arbeitszeit hinaus geleistet und mit einem Zuschlag vergütet werden. Zusätzliche Arbeitsstunden, die auf Grund gesetzlicher Ausnahmebestimmungen an anderen Tagen durch Arbeitsbefreiung ausgeglichen werden, gelten nicht als Überstunden.

Abschnitt E

4. Belegschaftswechsel

Bei den Angaben im Abschnitt „Belegschaftswechsel“ sind — um zukünftig eine Reihe grundsätzlicher Fehler zu vermeiden — folgende Hinweise zu beachten:

- In den Spalten 1 bis 5 ist nur die effektive Anzahl der Beschäftigten laut Unterlagen der Kaderstatistik anzugeben.
- In der Zeile 1 gesamt ist das gesamte Personal, also einschließlich der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich und des Sonstigen Personals, zu verstehen.
- Bei Strukturveränderungen (Zusammenlegung von HO-Betrieben, Abgabe bzw. Übernahme von Betriebsstätten anderer HO-Betriebe usw.) ist die entsprechende Anzahl von Arbeitskräften, die davon berührt wird, zunächst mit unter dem Belegschaftswechsel in Form von Zu- und Abgängen auszuweisen. Um jedoch einen realen Belegschaftswechsel zu erhalten und um die Fluktuation richtig beurteilen zu können, ist es erforderlich, in den Spalten 2 und 3 als Klam-

merzahl darunter, die Anzahl der Kräfte einzutragen, die infolge von Strukturveränderungen in den Betrieb eingehen oder ihn verlassen.

	Beschäftigte am Ende des vorhergegangenen Berichtsquartals	Zugänge im Berichtsquartal	Abgänge im Berichtsquartal	Beschäftigte am Ende des Berichtsquartals
	1	2	3	5
a) 1. Beschäftigte insgesamt	350	100 (30)	60	390
1.1 darunter Verkaufspersonal	150	30 (13)	20	160
b) 1. Beschäftigte insgesamt	500	80	120 (50)	460
1.1 darunter Verkaufspersonal	200	35	50 (20)	185

Nach wie vor muß die Spalte 1 + 2 — 3 die Spalte 5 ergeben.

- Die Anzahl der Beschäftigten insgesamt (bzw. Verkaufspersonal) am Ende des Berichtsquartals muß in die nächste AQ/EH-Meldung übernommen werden und hier als die Anzahl der Beschäftigten insgesamt (bzw. Verkaufspersonal) am Ende des vorhergegangenen Berichtsquartals erscheinen. Eine Abweichung zwischen diesen beiden Zahlen kann es nicht geben.

Abschnitt F

5. Lohnbestandteile und nicht aus dem Lohnfonds des Arbeitskräfteplanes gezahlte Beträge

Es ist zu beachten, daß die Positionen 2.1 bis 2.8 Darunterzahlen von Pos. 2 und die Positionen 3.1 und 3.2 Darunterzahlen von Pos. 3 sind.

Die Pos. 4 (Bruttolohnsumme) muß für das 1. Halbjahr mit der Zeile 7 Sp. 9 des Abschnittes C (Lohnsumme der Gesamtbeschäftigten insgesamt) übereinstimmen.

Es ist ferner darauf zu achten, daß sämtliche Werte dieses Abschnittes nur im II. Quartal für das 1. Halbjahr 1957 auszufüllen sind.

Nur bei den lfd. Nrn. 2.2 bis 2.6 sind auch im I., III. und IV. Quartal die entsprechenden Quartalssummen einzusetzen.

gez. Schönborn
Abteilungsleiter

— Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 8/57 —

VORDRUCKWESSEN

— 2130 —

Berlin, den 20. Februar 1957

„Nachweis der Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung“

Von den Groß- und Einzelhandelsbetrieben (GHK und HO) wird der gemeinsame Vordruck Best.-Nr. 821/8994 „Nachweis der Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung“

vom Vordruck-Leitverlag EDB, Freiberg/Sachsen, zur Vorlage bei der DN benötigt.

Dem Vordruck-Leitverlag EDB, Freiberg/Sachsen, sind bis 15. März 1957 Sammelbestellungen

- von den Räten der Bezirke, Abt. HuV, für die ihnen unterstellten Räte der Kreise, HO-Betriebe und Großhandelskontore für Lebensmittel, Obst und Gemüse;

- von den Hauptverwaltungen HO-Wismut und HO-Vertrieb für die ihnen unterstellten HO-Betriebe;

- von den Verwaltungen der NL der Großhandelskontore für ihre Niederlassungen; und

- Einzelbestellungen von den verbleibenden Z-Betrieben

für den Bedarf bis Ende 1957 zu übersenden. Bei Angabe von Verteilerschlüsseln (zu a bis c) erfolgt die Lieferung und Rechnungslegung an die Handelsbetriebe.

Jahresbestellungen der Standardvordrucke beim Vordruck-Leitverlag EDB

Den Groß- und Einzelhandelsbetrieben (GHK und HO) werden Ende Februar 1957 die Jahresbestellisten des Vordruck-Leitverlages EDB, Freiberg/Sa., übersandt. Die Bestellungen sind dem Verlag bis zum 15. März 1957 zu übersenden. Für die Standardvordrucke lt. EDB-Preisliste brauchen keine Jahresbestellungen erteilt werden. Für diese Vordrucke können jederzeit Aufträge erteilt werden.

Finanzmeldungen für das Jahr 1957 (Staatlicher Einzelhandel)

Auf den Finanzmeldungen

Teil I Bestellnummer	820/89 957
" II "	820/89 958
" III "	820/89 959
" IV "	820/89 960

Ist im Genehmigungsvermerk der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik ein Druckfehler enthalten.

Es heißt nicht „befristet bis 31. 1. 1957“, sondern **befristet bis 31. 1. 1958.**

INHALTSVERZEICHNIS

I. Anweisungen

Nr. 14/57 — Vertragsaufhebungen für Motorräder
Type ES 175 für das Jahr 1956 64

II. Preisdienst

Haushaltskühlschrank „Elektrokühler“ 64

III. Mitteilungen

Abrechnung des Teilzahlungsgeschäfts 64

Anschaffung der Erstausrüstung von Kolli aus
Investitionskrediten 65

Genehmigung für Berichterstattungen der Unter-
abteilungen Staatliche Handelsinspektion 65

Beförderung von Lebensmitteln durch Fahrzeuge
der Landkraftpost 65

Durchführung der Bedarfsforschung 66

Katalog „Technik im Handel“ 66

Rahmenstellenplan für die zu bildenden Transport-
gemeinschaften des Handels 66

Vergriffene Ausgaben der „Verfügungen und Mit-
teilungen“ 67

Zu den Erläuterungen zur Arbeitskräfteplanabrech-
nung (AQ/EH) im staatlichen Einzelhandel (HO)
für das Jahr 1957 67

IV. Vordruckwesen

Nachweis der Umlaufmittelfinanzierung und Kredit-
deckung 71

Jahresbestellungen der Standardvordrucke beim
Vordruck-Leitverlag EDB 72

Finanzmeldungen für das Jahr 1957 (Staatlicher
Einzelhandel) 72

Herausgeber: Deutsche Demokratische Republik, Ministerium für Handel und Versorgung, Berlin — Verlag: (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin O 17, Michaelkirchstraße 17, Fernruf: 67 64 11, Postcheckkonto: 14 00 35 — Erscheinungsweise: wöchentlich — Bezug: nur durch die Post zum Dienstgebrauch — Bezugspreis: vierteljährlich 1,35 DM — Einzelausgabe —,35 DM (nur durch den Verlag zu beziehen) — Veröffentlicht unter der Druckgenehmigungs-Nr. Ag 131/57 DDR — Druck: (140) Neues Deutschland, Berlin